Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 107. Mittwoch, den 8. Mai 1918. 25. Jahrg.

Friedensabschluß mit Rumänien.

WTB. Berlin, 7. Mai. (Amtlich.) Der Friedensvertrag mit Rumänien ist heute um 11 Uhr vormittags von den Bevollmächtigten der vier verbündeten Mächte unterzeichnet worden. Die feierliche Schlußsitzung, in der die Unterzeichnung erfolgte, fand unter dem Vorsitz des Staats-Sekretärs v. Kühlmann im Schlosse Cotroceni und zwar in demselben Raume statt, in dem seinerzeit der Eintritt Rumäniens in den Weltkrieg beschlossen wurde. Der Friede wird den Namen „Friede von Bukarest“ führen. Der Wortlaut des Vertrages wird alsbald veröffentlicht werden.

Bukarest, 7. Mai. Die Verhandlungen in Bukarest waren am Abend des 6. Mai zum endgültigen Abschluß gelangt, sodaß die Unterzeichnung des gesamten Vertragswerkes für den Vormittag des 7. Mai angesetzt werden konnte. Am Vorabend hatte der Generalfeldmarschall von Mackensen alle hier anwesenden Delegierten zu einem Mahl geladen, an dem auch der Ministerpräsident Marghiloman, der Minister des Aeußern, Arion, sowie die übrigen rumänischen Unterhändler teilnahmen. Der Generalfeldmarschall feierte in einer Ansprache die Bedeutung der geleisteten staatsmännischen Arbeit und beglückwünschte die Bevollmächtigten zu dem erzielten schönen Erfolg, indem er hervorhob, daß mit dem rumänischen Frieden der Krieg im Osten seinen Abschluß gefunden habe. Zugleich verlieh er der Hoffnung Ausdruck, daß Rumänien auf der Grundlage dieses Friedens einer glücklichen Zukunft entgegengehen werde. Mit der Aufforderung an die Anwesenden, auf das Blühen und Gedeihen und die Freundschaft ihrer Heimatländer zu trinken, schloß er.

*

Nun ist auch der Rumänenfrieden endlich unterzeichnet worden und käme es nur auf das Papier an, müßte im ganzen Osten jetzt eitel Friede und Freundschaft herrschen. Wie wenig die Tatsachen diesem Idealbild entsprechen können, ist allgemein bekannt.

Die Verhandlungen über den Rumänenfrieden haben außerordentlich viel Zeit in Anspruch genommen. Das hat nicht am Widerstreben des Opfers gelegen, auf dessen Kosten er geht. Nachdem die Verhandlungen Anfang Februar aufgenommen worden waren und Graf Czernin seine bekannte Audienz beim König Ferdinand gehabt hatte, forderte am Beginn des Märzen die Heeresleitung im Interesse der Operationen Klarheit darüber, ob Rumänien sich gutwillig unterwerfen werde oder neuem militärischen Druck ausgesetzt werden müsse. So erging, nachdem bis dahin der damalige rumänische Ministerpräsident Avarescu die Bedingungen zu mildern versucht hatte, am 2. März das Ultimatum, das mit der Erklärung beantwortet wurde: „Rumänien weicht der Gewalt!“ Seitdem wußte man, daß Rumänien die gesamte Dobrudscha abtreten, Oesterreich-Ungarn umfangreiche Grenzberichtigungen am Eisernen Tor und in den Karpathen zugestehen und dauernde umfangreiche wirtschaftliche Leistungen für Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf sich nehmen müßte. Wenn trotzdem noch über zwei Monate vergingen, ehe der Friede unterzeichnet wurde, so kommt diese Verzögerung in erstes Reihe auf die sehr weitgehenden und teilweise sich widersprechenden Forderungen, welche die vier Mittelmächte selber stellten. War doch der Friede mit Rumänien augenscheinlich richtungweisend nicht nur für den Südosten, sondern nahm auch die Neuordnung der Verhältnisse auf dem Balkan vorweg.

Daß die Schwierigkeiten und Interessengegensätze auf diesem Gebiet namentlich zwischen der Türkei und Bulgarien noch nicht völlig aus der Welt geschafft sind, davon legt der Friedensvertrag selbst Zeugnis ab. Einstweilen wird nur die Süd-Dobrudscha bis in die Nähe der Linie Constantza—Cernawoda an Bulgarien gegeben, während die Nord-Dobrudscha im Condominium (gemeinschaftlichen Besitz) der vier verbündeten Mächte bleibt; aber selbstverständlich ist das nur ein vorübergehender Zustand — möglichst bald wird die ganze Dobrudscha Bulgarien übergeben, und Deutschland begnügt sich mit gewissen garantierten Rechten für die Benutzung der Bahnlinie und des Hafens von Constantza, die zugleich für die Türkei und für Rumänien als Ausweg zum Schwarzen Meer wichtig sind. Sofort den Bulgaren die ganze Dobrudscha zu übereignen, ging wegen des türkischen Widerspruchs nicht an. Bulgarien erfährt durch diesen Frieden eine gewaltige Gebietserweiterung, während die Türkei, deren Truppen doch am Feldzuge in der Dobrudscha wirksam teilgenommen haben, zunächst leer ausgeht. Deswegen machte die Türkei Kompensationsansprüche in dem Gebiet geltend, das sie 1915 an Bulgarien hat abtreten müssen, damit dieses an der Seite der Mittelmächte am Krieg teilnahm. Es handelt sich um das Vorgelände der Festung Adrianopel, welches die Bulgaren im ersten Balkanfrieden zugesprochen erhielten, in zweiten Balkankrieg wieder verloren und 1915 erneut auf friedlichem Vertragswege erwarben; es zum zweiten Male herauszugeben sind sie wenig geneigt. Die Türkei schafft sich jetzt einen Gebietszuwachs durch ihre Verständigung mit der Kaukasus-Republik, durch Rückeroberung der im Jahre 1878 verlorenen Gebiete von Kars, Batum und Ardaghan; daraufhin wird sie sich wohl schließlich damit abfinden, daß Bulgarien die ganze Dobrudscha behält und gleichwohl das Vorland von Adrianopel nicht wiedergibt.

Jedenfalls steht Bulgarien an der Schwelle der Erreichung seiner hochgesteckten Ziele. Groß-Bulgarien, dessen Nordgrenze die Donau bis zur Mündung des St. Georgarmes, dessen Westgrenze das Wardartal wäre, das Mazedonien in seinem vollen Umfang umschließt und seine Grenze gegen die Türkei durch die Vorstädte von Adrianopel führt, ist schon nahezu gebildet. Zweifellos hat Bulgarien den Mittelmächten in diesem Kriege eine sehr wirksame Hilfe geleistet und mit seinem Heere Großes vollbracht, auch schwere Opfer im Kampfe nicht gescheut. Aber unleugbar trägt dafür Bulgarien auch den größten und dauerhaftesten Gewinn aus dem Kriege davon, die Herstellung seiner vollen nationalen Einheit. Auch die Gegner der bulgarischen Ansprüche geben zu, daß es keine große Aufgabe ist, in zehn oder zwanzig Jahren Mazedonien und die Dobrudscha vollständig zu bulgarisieren. Da nach diesem Kriege kein Volk an baldigen neuen Waffengang denken kann, wird also dieses national geschlossene Groß-Bulgarien als dauernde Vormacht auf dem Balkan eine wichtige Rolle spielen.

Daneben waren die Mittelmächte bemüht, Rumänien nicht existenzunfähig zu machen. Zu besonderem Mitgefühl mit dem Lande, das den Krieg mit der Begründung erklärt hat, Oesterreich-Ungarn habe sich ebenso unfähig gezeigt, seine Landesgrenzen gegen den Feind zu schützen, wie die Lage seiner Bewohner durch innere Reformen zu bessern, liegt natürlich ein Anlaß nicht vor. Aber Rumänien ist eine Henne, die für die Mittelmächte goldene Eier legt — es liefert Weizen, Mais und Petroleum — und ein so wertvolles Tier darf man bekanntlich nicht schlachten lassen. So haben denn die Mittelmächte nach Kräften das Ministerium Marghiloman gestützt, das nun die alte ententistische Kammer auflösen, aus der ganzen Beamtenschaft die Bratianu-Clique entfernen und von dem neuen Parlament den Friedensvertrag wird bestätigen lassen. Erst dann kann Rumänien an seine innere Neuordnung gehen und sich vielleicht auch von seinem fluchbeladenen hohenzollernschen Herrscherhaus befreien.

Rumänien wird den Friedensvertrag und die Verluste, die es darin auf sich nehmen muß, ohne großen Kummer ertragen, wenn es dafür das 1878 von Rußland entwendete Beßarabien zurückgewinnt. Darüber muß es sich mit der Ukraine auseinandersetzen, und irgend eine halbwegs gerechte Teilung wird sich wohl finden lassen. So schwankend und unsicher daher die Verhältnisse im Südosten auch noch sind, so prägt sich doch allmählich das Bild der Zukunft aus.

Für Deutschland und Oesterreich-Ungarn tritt nun — hoffentlich dauernd — das Balkanproblem in den Hintergrund, die leitenden Minister des Auswärtigen kehren in ihre Heimat zurück, und dort wartet ihrer schon ungeduldig die nächste Reihe der zu lösenden Fragen, vor allem das stachlige Problem Polen und die deutsch-österreichische Wirtschaftsunion, mit deren Hilfe es allein erträglich überwunden werden kann.

Weltpolitik in der Lübecker Bürgerschaft.

Es kommt nicht häufig vor, daß große politische Fragen in der Lübecker Bürgerschaft zur Erörterung gelangen. Vielleicht ist das auch ganz gut so, denn eine erhebliche Anzahl der Mitglieder dieses Vierklassenparlaments zeigt im allgemeinen wenig Interesse und ein dementsprechendes Verständnis für politische Dinge, welche ihre Kreise über die Grenzen unseres kleinen Staatswesens hinaus ziehen. So war es denn auch nicht zu verwundern, daß die gestrige Versammlung der Bürgerschaft, welche über Schicksalsfragen des deutschen Reiches und des deutschen Volkes ihre Meinung kundgeben sollte, nur recht schwach besetzt war.

Die Vaterlandsparteiler und die zum größten Teil mit ihnen identischen Alldeutschen der drei Hansestädte blicken mit schelen Augen auf die Politik der deutschen Reichsregierung, die ihnen zu sehr von dem Bestreben, wenigstens mit den Westmächten einen Frieden der Verständigung zu schließen, geleitet erscheint. Sie **möchten die Reichsleitung deshalb gar zu gern auf die von ihnen gewünschte Bahn drängen und zu diesem Zwecke** stellten sie ihre Kriegszielanträge in den Bürgerschaften. Es handelt sich dabei also um nichts anderes als um einen **Vorstoß gegen die Reichsregierung.**

Damit der alldeutsche Charakter der ganzen Aktion nicht allzu sehr in die Erscheinung tritt, wurden in den Anträgen die plumpen Anwürfe und die bekannten klaren, unverfrorenen und ausschweifenden Eroberungspläne vermieden und dafür das anscheinend ganz harmlose und sehr patriotische Wort „Sicherungen“ gesetzt, unter denen man sich wenig oder alles denken kann. Solche verhüllte Annexionspolitik ist aber noch gefährlicher als die offene. Sie trägt überall Mißtrauen und Zweifel hinein und umgibt alles mit der trüben Atmosphäre der Unaufrichtigkeit.

Die Begründung des von Schwabroch (vom Hause Possehl) und Genossen gestellten Kriegszielantrages hatte der Alldeutsche und Kriegsindustrielle Herr Heinrich Thiel übernommen, der in seiner einstündigen Rede in sanften Tönen die bekannte Melodie der Eroberungspolitiker sang, die in der von ihnen geforderten Annexion volksfremder Gebiete nur Opfer sehen, welche das deutsche Volk im Interesse seiner Sicherheit bringen müsse; die vor allem eine Kriegsentschädigung „im Interesse der Arbeiter“ verlangen, und an eine Versöhnung der Völker nach dem Kriege nicht glauben, weshalb von deutscher Seite mit starker Hand zugefaßt werden müßte. Besonders laute Zustimmung fand Herr Thiel oft bei dem Führer der Lübecker Landbündler, Herrn Henck. Auch der Vorsitzende der hiesigen Vaterlandspartei, Herr Buchwald, nahm das Wort. Im Gegensatz zu Thiel ist er der Meinung, daß eine Versöhnung der jetzt mit einander im Kampfe stehenden Völker sogar auch dann möglich sei, wenn man ihnen Gebietsteile wegnehme. Er suchte das an geschichtlichen Beispielen nachzuweisen. Weil von feindlicher Seite Vergewaltigungspläne laut geworden seien, sollten wir mit gleicher Münze dienen. Also Unverstand mit Unverstand beantworten! So hofft er, daß die Feinde, welche die von Deutschland dargebotene Friedenshand nicht ergriffen hätten, zum Frieden geneigter würden. Zugleich soll auf diese Weise die Position der deutschen Diplomaten gestärkt werden. In einer Kriegervereinsrede, in der er das Verlangen zum Ausdruck brachte, der Friede mit den Westmächten möchte dem Ostfrieden ähnlich werden, beteuerte der alldeutsche Landgerichtsdirektor Dr. Meyer-Lürßen, mit der Annahme des Antrages Schwabroch würde man Hindenburg und Ludendorff, denen er selbst wiederholt ins Auge blicken durfte, eine Freude bereiten. Für eine politische Kundgebung gewiß ein entscheidendes Argument nach alldeutscher Auffassung!

Sehr seltsam war die Haltung der Liberalen in dieser Sache. Sie hatten sich gespalten und stimmten, wie gewöhnlich in der Bürgerschaft, verschieden. Der von Dr. Görtz geführte rechte Flügel sprach sich für den Antrag Schwabroch aus, während die Gruppe um A. Pape sich um eine Stellungnahme zu den Kriegszielen mit der Begründung herumdrückte, „ohne nähere Kenntnis der politischen und militärischen Lage heute einer Kriegszielentschließung nicht zustimmen zu können.“ Demnach ist also, im Gegensatz zu den vor einem halben Jahre in ihrem Auftrag gegebenen Darlegungen des Hamburger Liberalen Dr. Petersen, jetzt bei diesen Herren wieder die Kriegskarte das Thermometer für ihre Friedensziele!

In großzügiger Weise vertrat Genosse Stelling die **Friedensforderungen der Arbeiterschaft,** deren heißes Streben dahin geht, dem grauenvollen Völkermord, der ungeheuren Vernichtung von Kultur und Menschenglück ein schleuniges Ende zu bereiten und den Weg frei zu machen für eine Versöhnung der Völker. Redner lieferte den Nachweis, daß man **mit dem Ruf nach Kriegsentschädigungen und Annexionen nur den Kriegshetzern in den feindlichen Ländern Wasser auf die Mühlen leite.** Die Behauptung Thiels, daß die Arbeiter vor allem Vorteil von einer Kriegsentschädigung hätten und an den Wünschen der Vaterlandspartei interessiert seien, legte er in ihrer ganzen Haltlosigkeit dar, zumal gerade **auf jener Seite bisher am wenigsten Verständnis für die Bedürfnisse der Arbeiter** zu finden war. Thiel und Buchwald hatten betont, daß die deutschen Friedensangebote von den Feinden abgelehnt seien; demgegenüber stellte unser Redner fest, daß auch das hiesige Amtsblatt nichts von diesem Friedensangebot wissen wolle und sogar darüber erschreckt war. Hier haben sich demnach die Extreme berührt. Sehr bezeichnend für die politische Reife gewisser alldeutscher Bürgerschaftsmitglieder war der lebhafte lärmende Widerspruch gegen die Bemerkung Stellings, daß der Friede doch nicht von der Militärgewalt, sondern von den Staatsmännern geschlossen werden müsse. Diese Herren hoffen die Erfüllung ihrer Wünsche danach nur von der Heeresleitung. Nach einem Ueberblick über den Ostfrieden, den er in seiner heutigen Gestalt für schädlich hält, und einer scharfen Kritik der Steuervorlagen, die gegenwärtig den deutschen Reichstag beschäftigen, schloß Stelling mit der Zuversicht, daß trotz allem ein Friede der Verständigung kommen müsse.

Als man zur Abstimmung über die beiden vorliegenden Anträge schritt, war die Bürgerschaft noch gerade be-

schlußfähig. Kaum sechzig Mitglieder von 109 waren anwesend. Von diesen stimmten etwa 40 für den Antrag Schwabroch, den 66 unterschrieben hatten. **Mehr als ein Drittel der Antragsteller hatte es demnach vorgezogen, die wichtige Sitzung zu schwänzen.** So sieht die grrroße Kundgebung der alldeutsch-vaterlandsparteilichen Lübecker Hanseaten in Wirklichkeit aus! Darüber wird man in der alldeutschen Presse wohl nichts zu lesen bekommen.

Für den Antrag Stelling stimmten nur die Sozialdemokraten. Eine Anzahl Liberaler übte in beiden Fällen Stimmenthaltung.

Nun muß der Bürgerausschuß unter Ausschluß der Oeffentlichkeit die weitere Prüfung der Kriegsziele vornehmen. Ob er die dazu berufene Körperschaft darstellt?!

*

Lübeck, 7. Mai 1918.

Der Vorsitzende Präses Dimpker eröffnet die Sitzung um 6,25 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen:

IV. Antrag Schwabroch und Gen.:

Die Bürgerschaft ersucht in Uebereinstimmung mit dem zurzeit der Hamburger Bürgerschaft vorliegenden Antrage, den Senat, angesichts der finanziellen Lage des Reiches und der durch den Krieg teilweise schwer getroffenen Bundesstaaten im Bundesrat dahin zu wirken, daß bei den weiteren Friedensschlüssen **neben einer durchgreifenden Sicherung unserer kontinentalen Grenzen**

1. an eine ausreichende Kriegsentschädigung seitens unserer Feinde gegebenenfalls durch eine gesicherte **vorzugsweise Lieferung von Rohstoffen,**
2. auf den Ausbau eines den Bedürfnissen unseres Volkes entsprechenden **großen Kolonialbesitzes,**
3. auf eine **wirksame Sicherung der berechtigten deutschen Forderungen an das Ausland**

Bedacht genommen wird.

V. Antrag Stelling u. Gen.:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, durch seinen Vertreter im Bundesrat dafür einzutreten:

1. daß zwischen den kriegführenden Mächten ein baldiger **Friede der Verständigung und der dauernden Versöhnung, der jede erzwungene Gebietserweiterung und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigung ausschließt,** zustande kommt;
2. daß die durch den Krieg hervorgerufenen Ausgaben des Reiches **nicht durch Verbrauchs- und Verkehrssteuern,** sondern durch **starke Heranziehung der leistungsfähigen Kreise** der Bevölkerung gedeckt werden.

H. Thiel: Die Juliresolution des Reichstages hat einen heftigen Streit der Meinungen hervorgerufen. Ich bin bereit, den Beschließern dieser Resolution den guten Glauben beizumessen, damit dem Vaterlande zu dienen. Die Resolution war ein Friedensangebot, das allerdings schnöde von den Feinden zurückgewiesen wurde. Jetzt hat allein das Schwert zu entscheiden. Im Osten ist der Krieg für uns jetzt vorbei und wir können jetzt unsere ganze Kraft gegen Westen und gegen Italien wenden. Da ist es Zeit, bilanzmäßig unsere Kriegsziele aufzustellen. Vor wenigen Tagen hat der Kaiser an den Handelstag in einem Telegramm zum Ausdruck gebracht, daß wir von einem starken Frieden nicht mehr weit entfernt sind. Nun haben die Bürgerschaften der drei Hansestädte fast gleichzeitig sich mit Anträgen zu beschäftigen, in denen zum Ausdruck gebracht wird, wie sie sich den Frieden denken. Ich bin gegen alle Eroberungen feindlichen Gebiets, aber wir müssen uns sichern. Wir bringen nur Opfer, wenn wir dennoch fremdländische Gebiete uns angliedern. Was aber zur Sicherung in dieser Beziehung notwendig ist, muß geschehen. Hoffentlich gelingt es uns, diese fremde Bevölkerung sobald als möglich zu assimilieren. Die Feinde haben gegen uns fortwährend Völkerrechtsverletzungen begangen. Selbstverständlich konnte das Friedensangebot der Reichstagsresolution nicht für alle Zeiten gelten. Nachdem es abgelehnt worden ist, haben wir nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, eine volle Wiedergutmachung aller dadurch uns erwachsenen Schäden zu verlangen. Niemand wird natürlich das vergossene Blut sich durch Geld abgelten lassen wollen. Die Kriegsentschädigung muß in Geld und in Rohstoffen geleistet werden. Das Geld dazu ist da, wie aus dem Willen der Feinde hervorgeht, den Krieg noch auf Jahre hinaus fortzusetzen. Unsere Feinde haben die größte Hoffnung auf den Wirtschaftskrieg gesetzt. Uns auszuhungern wird ihnen nicht gelingen; aber sie wollen durch den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege den deutschen Handel niederzwingen. Das hat die Pariser Konferenz gezeigt, deren Abmachungen zweifellos durchgeführt werden. Es ist nur ein Gebot der Vorsicht, diese Pläne zuschanden zu machen. Das kann geschehen durch einen richtig abgeschlossenen Frieden. Ich will auch darauf hinweisen, was unsere Feinde von uns verlangt haben. Eine Kriegsentschädigung von 30 Milliarden, für die wir, wenn sie nicht gezahlt wird, fronden sollen im Dienste der Feinde. Die Forderung auf Rückgabe unserer Kolonien, die uns in der räuberischsten Weise abgenommen worden sind, wird wohl allgemein gebilligt werden. Doch diese Kolonien müssen so vergrößert und gesichert werden, daß ein Angriff auf sie unmöglich sein wird. Selbstverständlich muß in Zukunft mehr als früher für ihren Schutz getan werden. Wir dürfen uns nicht mehr auf papierne Verträge verlassen. Von großer Bedeutung und im Rahmen der Juliresolution liegend ist die Forderung auf Sicherung unserer Auslandsforderungen, die gerade für unsere Handelsstadt sehr wichtig ist. Zum ersten Male ist in diesem Kriege eine systematische Vernichtung des Privateigentums erfolgt und dafür müssen die Feinde haften. Der Antrag Stelling stellt keine bestimmten Forderungen, sondern hält sich inhaltlich durchaus an die Juliresolution. Mit dem Vorbehalt, „wie ich ihn auffasse", können vielleicht manche Herren dem Antrag Stelling zustimmen. Aber dadurch wird nichts erreicht. Auch wir wollen einen Frieden der Verständigung. Aber nach diesem Kriege einen Frieden, der die Völker dauernd versöhnt, halte ich für ausgeschlossen. Auch bei einem Verzicht auf alles im Friedensschluß wird doch eine Versöhnung nicht erfolgen. Das zeigt Frankreich, das Revanche für seine politische und militärische Niederlage von 1866 und 1870 immer wieder gepredigt hat. Der französische Chauvinismus wird nie zu versöhnen sein. England ist auch nur ein Koloß auf tönernen Füßen. Diese tönernen Füße waren sein Prestige, das nun dauernd an Amerika verloren ging. Unsere U-Boote haben erfolgreich an England gemacht. Der Raub der neutralen Flotten zeigt das deutlich. Nie werden die Engländer vergessen, daß wir es waren, welche ihr Prestige untergraben haben. Deshalb müssen Lloyd George, Clemenceau kämpfen wie Spieler, die immer noch auf einen Erfolg hoffen. Wir müssen solange kämpfen, nicht bis wir sie zerschmettert haben, sondern bis wir die Feinde auf die Friedensbank gezwungen haben werden. Der schöne Traum einer internationalen Verbrüderung der Arbeiterklassen ist immer noch nicht ausgeträumt. Daher kommt es, daß so viele noch immer auf eine Verständigung durch gegenseitiges Nachgeben hoffen. Solch internationales Einvernehmen ist aber nur auf wirtschaftlichem Gebiete möglich. In politischen Dingen stoßen bald die nationalen Gegensätze aufeinander. Die Aufbringung der durch den Krieg erwachsenen Lasten in der Art, wie sie der Antrag Stelling verlangt, halte ich für ganz unmöglich. Das würde auf Vermögenskonfiskation hinauslaufen, unter welcher gerade die Arbeiter zu leiden hätten. Sehr treffend ist, was der Stubenältestenkreis in Gießen sagt, der ausführte, daß eine Kriegsentschädigung unbedingt erforderlich ist für die Arbeiterschaft. Ich möchte Sie ersuchen, den Antrag Schwabroch möglichst einstimmig anzunehmen. (Beifall und Händeklatschen bei einen Teile der Bürgerschaft.)

Stelling: Der Krieg hat uns einen eigenartigen und interessanten Einblick in die Psychologie des deutschen Spießbürgertums gewährt. Wenn deutsche Siege erfochten, dann möchte man die ganze Welt erobern und ist himmelhoch begeistert. Bei der Einleitung der jetzigen Kämpfe hatte man Calais und Dünkirchen bereits in der Tasche und marschierte im Geiste schon auf London los. Tritt ein Stillstand in der Offensive ein, dann läßt man den Kopf hängen und fragt flüsternd den Nachbarn, wie es wohl werde. Man schimpft dann auf den Krieg und auf die Annexionisten. An den Stammtischen treibt man kräftig Eroberungspolitik, telegraphiert an Hindenburg und Ludendorff und verspricht, bis zu einem starken deutschen Sieg „durchhalten" zu wollen. Diese Bierbankphilister nimmt man jedoch ebensowenig ernst wie die Narren. Wenn jedoch sogenannte Politiker und Personen in verantwortlichen Stellungen solche Possen treiben, dann birgt das schwere Gefahren für die Zukunft Deutschlands in sich; dann müssen alle diejenigen, für die der **Begriff Vaterland nicht identisch ist mit Prozent-Patriotismus,** auf das schärfste hiergegen Stellung und den Kampf aufnehmen gegen alle diejenigen, die wahnwitzige Kriegsziele wegen das größte Unglück, das die Menschheit je betroffen hat, noch ins Ungemessene verlängern helfen. (Lebh. Sehr richtig! b. d. Soz.) Der vorliegende Antrag Schwabroch verdankt seine Entstehung einem alldeutschen lübischen Professor Dr. Ohnesorge, der, fußend auf einen ähnlichen Vorgang in Hamburg, die Annexionisten in der Lübecker Bürgerschaft zur Tat aufrief und der Katze gleich die Schelle umhing, indem er innerhalb der Vogesen, an der Mosel, in Briey und Longwy, sowie in Belgien „Grenzregulierungen" und außerdem noch eine nicht zu karg bemessene Kriegsentschädigung forderte. Er brachte hiermit klipp und klar genug zum Ausdruck, daß sich hinter dem harmlos klingenden Worte Grenzregulierungen oder Grenzsicherungen nichts anderes verbirgt, als offene brutale Annektionspolitik. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In Bremen waren es sogar Liberale, die einen derartige annexionistischen Antrag stellten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Daß man mit solchen Anträgen der Regierung, die doch von jener Seite als unantastbare Autorität angesehen worden ist, gegenüber Mißtrauen ausspricht und daß man das Fell des Bären eher zerlegt, ehe man ihn hat, darüber mußten doch die Antragsteller im Klaren sein. Trotz seiner harmlosen Begründung, die diesem der alldeutschen Propaganda entsprungenen Antrage heute und auch im Amtsblatt gegeben wurde, ist dieser Antrag nicht so unschuldig, wie man es hinzustellen beliebt. Man hat sich darauf berufen, daß Deutschland niemals die Absicht kundgetan habe, Länder zu verschlucken und Völker zu vergewaltigen. Das wagt man zu behaupten angesichts der Eingabe der 6 Wirtschaftsverbände, die u. a. Briey, Longwy und Antwerpen forderten, wie der Treubund der Alldeutschen und Vaterlandsparteiler. Das wagt ein Blatt zu schreiben, das jeden Tag unentwegt in Eroberungspolitik macht und offen zum **Bruch des Friedensvertrages von Brest-Litowsk auffordert,** indem es verlangt, daß die in demselben Rußland zugesprochenen Teile von Livland und Estland sich zu Deutschland schlagen sollten. Für das Amtsblatt sei also der **Friedensvertrag nur ein Fetzen Papier,** den man zerreißen könne. Das Amtsblatt hat auch mit der Eventualität gerechnet, daß diese russischen Teile Livlands und Estlands durch das **deutsche Schwert „befreit"** werden müßten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist brutale Vergewaltigung, wie man auch den **Frieden mit Rußland nicht als Verständigungsfrieden bezeichnen kann.** Es ist ein **reiner Schwert-, ein Machtfriede.** Auch den **Randstaaten** gegenüber plant man eine **Vergewaltigung** der überwiegenden Mehrheit des dortigen Volkes, das bei den ganzen deutschfreundlichen Kundgebungen völlig ausgeschaltet ist. Den Willen einer kleinen Oberschicht identifiziert man mit dem Willen der gesamten Völkes, das aus 90 Proz. Esten und Letten besteht. Auch das deutsche Vorgehen in der Ukraine und Finnland kommt einer Vergewaltigung gleich.

Nun hat man gesagt, Grenzsicherungen seien keine Annexionen. Das ist nur ein Spiel mit Worten. Die sonst so königstreuen Herrschaften scheinen das Wort des Kaisers: **„Uns treibt nicht Eroberungssucht",** sowie die verschiedenen Regierungserklärungen vergessen zu haben. Annexionen führen zu neuen Kriegen, wie die Geschichte lehrt. Nützt man ein Kriegsglück aus zum Raub von Gebiet, dann bereitet man neue Kriege vor. Und es ist doch wirklich schon aus Anlaß dieses Krieges genug Blut geflossen, genug Kultur zerstört worden, als das wir wünschen könnten, in absehbarer Zeit wieder in einen Krieg verwickelt zu werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Man sagt, wir müssen Annexionen machen im Interesse der Arbeiter. Man sollte doch die Arbeiter hierbei aus dem Spiele lassen, schützt man sie doch nur vor zur Bemäntelung kapitalistischer Interessen. Es hört sich beinahe so an, als ob der Krieg nur für die Arbeiter geführt wird. Diese haben aber am wenigsten zu verlieren. **Wenn man den Arbeitern Rechte zukommen lassen soll, dann ist man nicht zu Hause!** (Widerspruch.) Wir haben das jetzt in Preußen gerichtig! b. d. Soz.) Wir brauchen nicht das Erzbecken von Briey und Longwy; ohne deren Eisenerze würden wir nur ein Neunzehntel weniger produzieren als bisher. Dieses eine Neunzehntel spielt aber gar keine Rolle, wenn man bedenkt, daß wir vor dem Kriege fast 40 Prozent unserer Eisenproduktion aus Ausland verkauft haben. Eisenerze beziehen wir in der Hauptsache aus Spanien, Schweden und der Ukraine: wollen wir diese Länder auch annektieren? Oder wollen wir auch, um Baumwollrohstoffe zu erhalten, die Länder annektieren, die diese Produkte erzeugen? Um einiger Länderstriche wegen den Krieg fortzusetzen, ist ein Verbrechen an der Menschheit. Der gesunde Menschenverstand spricht gegen Annexionen. Der beste Grenzschutz ist die Verständigung mit den Nachbarvölkern. Kann man heute überhaupt von Grenzschutz reden angesichts der weittragenden Geschütze? Der Annexion gleichzustellen sind die Kriegsentschädigungen, gegen die sich noch kürzlich der nationalliberale Abg. Paasche und der frühere Staatssekretär Dernburg ausgesprochen haben. Auch die Rohstoffe können wir niemals durch Zwang erhalten. Will man diese Ziele, wie sie hier entwickelt sind, erreichen, dann muß man die Gegner erst vollständig niederringen. Ich halte es für ausgeschlossen, daß in diesem Kriege von Siegern und Besiegten gesprochen werden kann, in dem Sinne, daß man den Gegnern seine Bedingungen diktieren kann. Wie sollen denn übrigens die anderen Staaten, die auch enorm unter der finanziellen Last dieses Krieges leiden, noch Kriegskostenentschädigungen aufbringen?

Auch unsere finanziellen Lasten sind drückend. Wir müssen deshalb durch eine vernünftige Finanzpolitik dafür sorgen, daß **die menschliche Arbeitskraft erhalten wird.** Das aber kann nicht geschehen durch Steuern, wie sie jetzt geplant werden. Von dem **geschätzten Ertrag von 3,2 Milliarden entfallen 2,5 Milliarden auf Verbrauch und Verkehr.** Nach einer kurzen Besprechung der neuen Steuervorschläge fordert Redner, daß die **leistungsfähigen Schultern herangezogen** werden sollen und zwar durch eine starke Besteuerung der Kriegsgewinnler. (Sehr richtig!) Die Kriegssteuer muß mit rückwirkender Kraft für 1917 auch ausgedehnt werden auf Einzelpersonen, dazu muß kommen die Heranziehung der alten Vermögen in scharfer Form, ein Ausbau des Vermögenszuwachssteuergesetzes, Ausdehnung der Reichserbschaftssteuer auch auf Kinder, Einführung einer Dividendensteuer und Schaffung einer Reichseinkommensteuer. Zu wünschen ist ferner eine einheitliche Gestaltung der einzelstaatlichen Steuergesetze. Für wen haben denn die Massen draußen geblutet? Der Besitz hat den größten Vorteil von dem Schutz, den die Truppen der deutschen Heimat gewähren. Man prüft alle Steuervorlagen inbezug auf ihre Wirkung auf das Kapital. Es ist aber notwendig, daß sie auch geprüft werden hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Lebenshaltung und den Kulturzustand der Massen. Nicht die Kapitalanhäufung ist die Triebkraft des wirtschaftlichen Fortschritts; Urelement ist und bleibt die Menschenkraft, die Arbeitskraft. Verkümmert diese, dann nützt uns alle Kapitalbildung nichts. Deshalb bitte ich Sie, den zweiten Teil unseres Antrages dem Bürgerausschuß zu überweisen.

Wollen Sie Ihre Kriegszielpläne verwirklichen, dann verlängern Sie damit den Krieg bis ins Endlose, wie Sie schon durch Stellung solcher Anträge kriegsverlängernd wirken. Der Blutstrom steigt; endlos ist der Zug der Witwen und Waisen, der Kriegsverstümmelten. Wie viel Leiden ist bereits geflossen! **Europa geht der Vernichtung entgegen.** Neue Hunderttausende **müssen geopfert werden,** wenn Deutschland einen Eroberungskrieg führen will; die Blüte der Nation wird noch mehr als bisher hingeopfert werden und das alles um Eroberungen und Kriegsentschädigungen wegen! Das können Sie nicht verantworten. — Im übrigen sei gegenüber dem Vorredner darauf hingewiesen, daß nach den Angaben des Fürsten Liechnowsky und des früheren Staatssekretärs Jagow auch England diesen Krieg nicht gewollt, aber auch nicht verhindert hat. (Zwischenrufe.) Mit einer Handbewegung lassen sich diese beiden Männer nicht abtun. Der vom Vorredner beleuchtete Wirtschaftskrieg nach dem Kriege wird nicht eintreten, wie Stresemann vor einigen Tagen schlagend nachgewiesen hat. Nach dem Kriege sind alle Nationen wieder aufeinander angewiesen.

Wie kommen wir nun zu einem Ende dieses Krieges, der doch auch im Interesse Deutschlands bald eintreten muß? Nur durch eine Verständigung mit den Völkern, wie sie außer von den Sozialdemokraten auch von hervorragenden Politikern anderer Parteien, wie sie in der deutschen Antwort auf die Papstnote gefordert wird. Ist Deutschland zur Verständigung bereit, dann wird auch in den anderen Ländern der Friedensgedanke wachsen; er wird einen derartigen Umfang annehmen, daß die kriegshetzerischen Staatsmänner gezwungen sein werden, sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Stellen wir aber wahnwitzige Forderungen auf, dann stärken wir den Kampfeswillen der Völker und wirken so kriegsverlängernd, wie es auch bei dem Antrag der Herren Schwabroch und Genossen der Fall ist. Im übrigen entspricht er, selbst wenn er angenommen wird, — was sicher ist — nicht dem Willen der übergroßen Mehrheit des lübischen Volkes. Das zeigen die letzten Wahlziffern, wo 4499 sozialdemokratischen Bürgerschaftswählerstimmen 3451 bürgerlichen gegenüberstanden. Und bei der Reichstagswahl fielen 13 353 Stimmen auf den Sozialdemokraten und rund 12 000 Stimmen auf die bürgerlichen Kandidaten. Das Volk steht in seiner großen Mehrheit auf unserer Seite. Das mögen Sie bedenken.

Es sind also nicht nur Vernunftgründe, sondern auch Gründe der Menschlichkeit, die für unseren Antrag sprechen. Oder stehen Sie auch auf dem Standpunkt, daß der Krieg schön ist, oder daß man sich, wie das Amtsblatt, über die Ablehnung eines Friedensangebots freuen müsse? Der Gewaltpolitik der geborenen Annexionisten setzen wir die Vernunft, die Menschlichkeit entgegen. Wir halten es mit Freiligrath, der da sagt:

Trotz alledem und alledem,
Es kommt dazu, trotz alledem,
Daß rings der Mensch die Bruderhand
Dem Menschen reicht, trotz alledem!

(Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Görtz erklärt im Namen der Mehrheit der Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei, daß sie für den Antrag Schwabroch stimmen werden.

Buchwald: Ich spreche nicht als Vorsitzender der Vaterlandspartei, sondern als Mitglied der Bürgerschaft. Die alldeutsche Agitation mißbillige ich. Zweifellos sollen beide Anträge dem Vaterlande dienen. Der von Stelling verlangte Verständigungsfriede, ist aber nichts als ein Verzichtfriede. Wir haben immer den Verständigungsfrieden angeboten, aber nichts ist darauf geschehen. Nun sollten wir den Weg des kraftvollen Weltbewußtseins beschreiten. Erzwungene Gebietserwerbungen haben nicht immer zur dauernden Verfeindung von Völkern geführt; das zeigt die Abtretung Savoyens an Frankreich und der Ausgang des russisch-japanischen Krieges. In Italien, Frankreich und England sind vom Regierungstisch Eroberungspläne offen verkündet. Das muß mit gleicher Münze beantwortet werden. Der Antrag Schwabroch ist gewiß sehr maßvoll. Wenn wir unsere Diplomaten mit schwachen und weichen Instruktionen versehen, dann können wir kein kraftvolles Auftreten von ihnen verlangen.

A. Pape erklärt im Namen seiner engeren politischen Freunde: Trotz unseres unbegrenzten Vertrauens zu der Obersten Heeresleitung sind wir ohne nähere Kenntnis der militärischen und politischen Lage nicht imstande, irgend einer Kriegszielentschließung unsere Zustimmung heute zu geben, und wir werden uns bei der Abstimmung deshalb der Stimme enthalten. Für uns kann es sich nur darum handeln, durch unentwegtes Aushalten den äußeren Feind zu besiegen und den inneren Frieden zu bewahren. Das erreichen wir aber unseres Erachtens am besten durch jene Ruhe, die Hindenburg und Ludendorff in ihren Vorbereitungen so hervorragend auszeichnet.

Stelling: Wenn dem Vorredner das Wort Verzichtfriede besser gefällt als Verständigungsfriede, sind wir auch damit einverstanden. Wir verzichten auf Entschädigungen und Annexionen, auf Land, das wir nie besessen haben, darauf, daß noch mehr Kriegsopfer gebracht werden. Wir verzichten aber nicht auf die Teile unseres Landes, die uns bisher gehört haben. Der preußisch-lothringische Friede ist 1866 ohne Annexionen abgeschlossen worden und er ist heute noch von Bestand. Mit Annexionsdrohungen ist der Krieg auch nicht beendigt worden; das wird aus den vorhin angeführten Gründen auch eingesehen. Wenn die Staatsmänner blödsinnige Forderungen aufstellen, müssen wir dann solchen Blödsinn nachmachen? Wollen wir wirklich eine gesicherte Zukunftspolitik treiben, dann müssen wir versuchen, aus dem Ring, der uns heute umgibt, herauszukommen. Das kann aber nicht durch Verbitterung und Feindschaft auslösende Annexionen und Kriegsentschädigungen geschehen, sondern nur durch gegenseitige Verständigung der Völker. (Beifall bei den Soz.)

Dr. Meyer-Lürßen meint, daß Stellings Ausführungen über den Ostfrieden nicht auf zutreffenden Informationen beruhen. Die Hälfte der Bevölkerung in Livland ist verschleppt und deshalb konnte keine Landesvertretung in einer Weise geschaffen werden, wie das wohl in Deutschland möglich ist. Auch die Verhältnisse in der Ukraine sind nicht richtig von Stelling beurteilt. Irgend ein Mittel zum Schluß mit dem Kriege zu kommen, ist von Stelling nicht angegeben worden. Auch große Besitzsteuern führen nicht dahin. Redner preist dann Ludendorff und Hindenburg, denen er selbst wiederholt ins Auge geblickt habe. Diese würden sich freuen, wenn die Lübecker Bürgerschaft den Antrag Schwabroch annehme und dadurch echten Hanseatengeist kraftvoll betätige.

Stelling: Dr. Meyer hat von mir Aufschluß verlangt, wie ich mich zu Elsaß-Lothringen stelle. Anscheinend hat sein Gehör gelitten, denn sonst müßte er wissen, daß ich eben noch betont habe, daß wir auf kein Stück Landes, das uns bisher gehört hat, verzichten wollen. Er hat sich über den Ton meiner Rede aufgehalten; seine Rede aber war auch nichts anderes als eine Kriegervereinsrede. Hindenburg und Ludendorff überlassen wir die militärische Führung, der Friedensschluß aber ist Sache der Staatsmänner. (Lebh. Widerspruch.) Das ist bezeichnend für Sie als Parlamentarier, daß Sie auf einem entgegengesetzten Standpunkt stehen.

Darauf erfolgt die Abstimmung. Die Mehrheit des knapp beschlußfähigen Hauses stimmten für den Antrag Schwabroch. Ein Teil der Fortschrittler enthielt sich der Abstimmung. Für den Antrag Stelling stimmt die sozialdemokratische Fraktion. Er war damit abgelehnt.

Schluß 9½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

Berlin, den 7. Mai 1918.

160. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Freiherr v. Stein.

Wendel (Soz.) fragt nach den Gründen für das Verbot der Einfuhr der „Wiener Arbeiterzeitung", während die Einfuhr der Presse des neutralen und auch des feindlichen Auslandes unbeschadet ihrer Stellung geschieht.

Oberst v. d. Bergh: Das Verbot war notwendig, weil das Blatt seit langer Zeit eine bedenkliche politische Verhetzung trieb. Für die deutsche Presse und für Politiker wird die Einfuhr zugelassen werden.

Emmel (Soz.) führt Klage über die Erledigung von Zensurbeschwerden der „Mühlhauser Volkszeitung".

Oberst v. d. Bergh setzt den Instanzenweg für Zensurbeschwerden auseinander.

Müller-Meiningen (FVp.) fragt nach den Gründen der Nichtentlassung derjenigen Landsturmleute des Jahrganges 1869, die sich freiwillig zum Militärdienst gestellt haben.

Oberst v. Braun: Die vom Kriegsministerium verfügte Entlassung des Jahrganges 1869 bezieht sich nur auf Personen, die infolge gesetzlichen Zwanges zu den Fahnen einberufen worden sind. Die Landstürmer, die sich freiwillig gemeldet haben, unterliegen nicht dieser Verordnung, gelten vielmehr als für die Kriegsdauer angenommen und haben nur Anspruch auf Entlassung nach dem Kriegsende. Das Kriegsministerium verschließt sich nicht der Härte, die sich aus der Zurückbehaltung dieser Freiwilligen ergibt. Unter ihnen befinden sich aber Personen in Dienststellen, aus denen sie ohne schweren Schaden militärischer Interessen nicht herausgezogen werden können. Wenn genügend Ersatzkräfte gestellt werden, werden auch die ältesten Kriegsfreiwilligen auf ihren Wunsch entlassen werden.

Hierauf wird die zweite Lesung des

Etat des Reichswirtschaftsamtes

fortgesetzt.

Liesching (FVp.): Die Kriegswirtschaft hat in der ganzen Bevölkerung eine gewaltige Erbitterung erregt. Die Kriegsgesellschaften tun so, als hätte ein Staatsbürger überhaupt kein Recht. Mit den neutralen Staaten sollten wir über die Einfuhr und Ausfuhr kurzfristige Verträge abschließen. Den Lebensnotwendigkeiten der Neutralen werden wir gern Rechnung tragen. Aber die Nachgiebigkeit der Neutralen gegen England bis zur Aufgabe der Neutralität gegen uns dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Wenn bei den Abmachungen mit den Neutralen höhere Kohlenpreise erzielt werden, so dürfen wir uns nicht gefallen lassen, daß diese ausschließlich in die Taschen einiger Kohlenmagnaten fließen, sondern das Reich muß dann seinen Anteil daran bekommen.

Hüttmann (U. S.): Die wirtschaftlichen Gegensätze werden durch den Krieg außerordentlich verschärft. Durch die Anhäufung riesiger Kapitalien auf der einen, durch Aussperrungen auf der anderen Seite. Die Austragung der sich daraus ergebenden Konflikte wird im Krieg zurückgehalten. Aber nach dem Kriege wird es zu schweren Zusammenstößen kommen. Die Lebenshaltung der Arbeiter hat sich immer mehr verschlechtert. Die neuen Steuern belasten in erster Linie die Arbeiter. Sie lassen jeden sozialen Zug vermissen. Wir müssen mit dem Raubbau an Arbeiterkräften aufräumen, den wir während des Krieges getrieben haben. Die am 4. August beseitigten Arbeiterschutzbestimmungen müssen wiederhergestellt werden. Die tägliche Arbeitszeit muß auf 8, für Jugendliche auf 6 Stunden begrenzt werden. Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Beseitigung der Höriigkeit für Landarbeiter.

Dombeck (Z.) verlangt vom Reiswirtschaftsamt Förderung sozialer Maßnahmen.

Hierauf wird die allgemeine Aussprache geschlossen. In der Einzelberatung verlangt

Astor (Z.), daß die Einkaufsvereinigungen und Warenbeschaffungsstellen des Einzelhandels als Großeinkäufer und für die Uebergangswirtschaft als Großeinführer vom Reichswirtschaftsamt anerkannt werden.

Behrens (DF.) wünscht die Förderung des Obstbaues.

Doellendorf (K.) tritt für eine Förderung der Binnenfischerei ein.

Sachse (SD.) weist auf die schlechte Lage der Kali-Industrie hin, deren Verstaatlichung ernstlich ins Auge gefaßt werden sollte. Eine Preiserhöhung könnte die Landwirtschaft sehr gut tragen, ohne daß die Lebensmittel darum auch nur einen Pfennig teurer zu werden brauchten. Ganz besonders leiden natürlich unter der schlechten Lage dieser Industrie die Arbeiter im Kalibergbau, ihre Löhne sind um 4,25 Mk. geringer als die Löhne im Kohlenbergbau, die ebenfalls schon an sich in gar keinem Verhältnis zu der Lebenshaltung stehen. Im Kalibergbau sucht man auch das Hilfsdienstgesetz zu umgehen, indem man behauptet, die Schlichtungsausschüsse seien für die Lohnfragen hier nicht kompetent, weil die Löhne im Kaligesetz geregelt seien. Das ist natürlich ganz falsch, denn dort sind nur Mindestlöhne eingesetzt. Ein Schlichtungsausschuß ist auf diese Beweisführung auch hineingefallen. Hoffentlich sorgt das Kriegamt für Remedur. (Beifall bei den Soz.)

Direktor im Reichswirtschaftsamt Dr. Möller teilt mit, daß dem Reichstag in nächster Zeit eine Novelle zum Kaligesetz zugehen werde. Es werde alles geschehen, um den Kaliausbau und den Absatz zu fördern.

Sachse (Soz.) will, daß im Reichsarbeitsblatt die Löhne der sächsischen Bergarbeiter in derselben Weise aufgeführt werden wie die andern.

Becker-Arnsberg (Z.) begründet einen Antrag, wonach die Zuschläge zu den Altersrenten, den Waisenrenten aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung und den Hinterbliebenen aus der Unfallversicherung zuteil werden sollen. Die Unfallversicherung soll auf Berufskrankheiten ausgedehnt und die für die Krankenversicherung festgesetzte Höchstgrenze für die Pflichtversicherung von 2500 auf 4000 Mark erhöht werden.

Brey (Soz.) fordert die Einbeziehung der Lungentuberkulose unter die unter die Verpflichtung der Berufsgenossenschaften fallenden Berufskrankheiten. Da z. B. unter den Steinarbeitern 85 Prozent von der Lungenschwindsucht ergriffen werden, weiter den Ausbau der Schutzbestimmungen und weitgehendste Einführung von Aufsichtsmännern in gesundheitlich gefährdeten Betrieben.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr, nachher Marine-Etat.

Schluß 7½ Uhr.

Was der Krieg bringt.

Der deutsche Abendbericht.

WTB. Berlin, 7. Mai, abends. (Amtlich.) Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Rußland protestiert gegen die deutschen Vormärsche.

Eine Moskauer Havas-Meldung vom 30. April sagt: Die russische Regierung protestiert in einer Note an das Auswärtige Amt in Berlin dagegen, daß die Deutschen trotz des Friedenszustandes ihren Marsch fortsetzen und Orel, Kursk und Woronesch besetzten, in den Taurus eindringen und in Nordfinnland Eigentum des russischen Kriegsministeriums beschlagnahmen. Bei diesem Stande der Dinge glaubt sich die russische Regierung genötigt zu sehen, genügend Streitkräfte zu mobilisieren, um die Freiheit und Unabhängigkeit der russischen Republik sicherzustellen, die immer bereit ist, die Bestimmungen des Brester Vertrages zu beobachten. Wenn Deutschland glaubt, daß es ihm unmöglich ist, diese Bedingungen zu erfüllen, soll es seine Forderungen klar aufstellen. Die russische Regierung drückt die Hoffnung aus, die Antwort werde befriedigend lauten und die Wiederherstellung des Friedens gestatten.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 8. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich vom Nieuport-Kanal nahmen wir bei erfolgreichen Erkundungen Belgier gefangen. Auf dem Schlachtfelde in Flandern und an der Lys lebte der Artilleriekampf am Kemmel, bei und westlich von Bailleul auf.

In Vorfeldkämpfen auf dem Schlachtfelde an der Somme wurden Engländer und Franzosen gefangen. Beiderseits der Strecke Corbie-Bray griff der Feind nach starker Minenvorbereitung erfolglos an. Bereitstellungen wurden durch unser Feuer wirkungsvoll gefaßt. Bei einem in der Nacht südlich von der Straße wiederholten Angriff warfen wir den Feind im Gegenstoß zurück. Starke Feuertätigkeit hielt am Lucebek und auf dem Westufer der Avre an.

An der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Was plant die Weiße Garde?

Die „Basler Nachr." melden aus Paris: Wie die „Information" berichtet, haben Patrouillen der finnischen Weißen Garde an mehreren Stellen die russische Grenze überschritten und sind 20 bis 40 Kilometer von Petersburg entfernt.

Wenn diese Meldung zutrifft, dann muß sie das größte Aufsehen erregen. Will die finnische Weiße Garde etwa auch Rußland von den „Roten befreien"? Oder will sie sich vielleicht gegenüber Rußland „Grenzsicherungen" — wie man jetzt Annexionen verschämter Weise nennt — verschaffen? Die nächsten Tage werden uns die Antwort auf diese Fragen geben müssen.

Die Kämpfe in Finnland.

Das finnische Hauptquartier meldet: Die Operationen zur Reinigung des Gebiets westlich und südwestlich von Tavastehus werden fortgesetzt. In den letzten Tagen wurden über 2000 Gefangene gemacht. Unter Leitung des Generalmajors Lindner gaben die Operationen gegen die noch kämpfende Rote Garde in der Gegend von Kotka und Frederikshamn zu neuen entscheidenden Ergebnissen geführt. Bei Ingeris machten wir 1500 Gefangene, eroberten 7 Geschütze und 20 Maschinengewehre. Am Sonntag morgen wurde Kotka erobert. Die Zahl der Gefangenen stieg auf über 2000. Ein Versuch der Roten Garde, auf dem Seeweg nach Rußland zu entkommen, wurde von den deutschen Kriegsschiffen verhindert. Auf Frederikshamn vorrückende Truppen erreichten Verojoki und machten über 8000 Gefangene. Das Ostheer eroberte die Küstenbatterien bei Transund mit schweren Geschützen.

Das finnische Hauptquartier in Wasa meldet am 4. Mai: Der Sieg über die Rote Garde ist nun vollständig. Frederikshamn, die letzte Stellung der Revolutionäre, ist genommen. Eine Reiterabteilung rückte in die Stadt ein, kurz darauf ein Teil eines anderen Regiments. Die Beute bestand aus sechs Geschützen, zwanzig Maschinengewehren, 1000 Gewehren und zwei bewaffneten russischen Schiffen. In Kotka sind zwei Panzerzüge mit einem schweren Geschütz und 12 Maschinengewehren genommen, außerdem 30 Geschütze, 11 Maschinengewehre und 400 Gewehre. In Kotka wurden 4000 und in Frederikshamn 300 Gefangene gemacht.

Kein Friedensvorschlag.

Im englischen Unterhause erklärte Balfour auf eine Anfrage Snowdens bezüglich der sog. deutschen Friedensoffensive, daß Cecil eine solche Erklärung wohl abgegeben habe, daß er (Balfour) aber nicht die volle Bedeutung, die ihr beigemessen werde, erkenne. Auf die weitere Frage Snowdens, ob Friedensvorschläge gemacht worden seien und welcher Art sie wären und welche Antwort darauf gegeben wurde; ferner, ob es wahr sei, daß ein Vertreter eines neutralen Landes sich in England aufhalte, der einen Versuch in der Art eines formellen Ansporns zu Friedensunterhandlungen unternommen hätte, erklärte Balfour: In der jüngsten Zeit sei kein Friedensvorschlag gemacht worden, und es befinde sich kein Vertreter eines neutralen Staates in England, der einen Versuch in der Art eines formellen Ansporns zu Friedensunterhandlungen unternommen hätte.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 7. Mai. (Amtlich). Eines unserer Unterseeboote unter der bewährten Führung des Kapitänleutnants Viebeg hat im Aermel-Kanal fünf bewaffnete, tief beladene Dampfer mit zusammen 16 000 Brutto-Registertonnen versenkt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gewaltige Steigerung der Bodenpreise.

Man schreibt aus Köln:

Zwei Gründe wirken zusammen, um den Bodenpreis auf dem Lande in einer nie erlebten Weise in die Höhe zu treiben. Einmal die gewaltige Teuerung aller Bodenerzeugnisse und ferner der Drang der Landwirte, die überreichen Gewinne, die sich bei ihnen anhäufen, in Land anzulegen. Die Ankäufer treiben sich die Preise gegenseitig in die Höhe. Eine Steigerung um das Dreifache gegenüber den Friedenspreisen ist normal, jedoch werden auch um das Vier- und Fünffache höhere Preise gezahlt. Ländereien in der weiteren Umgebung von Köln, deren amtliche Taxe auf 700 bis 900 Mk. für den Morgen lautet, werden spielend zu 3000 bis 3500 Mk. für den Morgen abgesetzt. 2000 Mark für den Morgen gilt als besonders billig. Besonders begehrt ist Land für den Gemüsebau. Etwas „billiger" ist Ackerland und noch geringer wird Wiesenland bezahlt, jedoch stehen auch dafür die Preise hoch über den Friedenstaxen. Ein Gut, das noch im ersten Kriegsjahre für 290 000 Mark angeboten wurde, ohne Kauflustige zu finden, ist unter 500 000 Mark jetzt nicht zu haben.

Oesterreich-Ungarn.

Ein neues Kabinett Wekerle in Ungarn. Das Budapester Amtsblatt veröffentlicht nachstehendes Königliches Handschreiben:

Lieber Dokter Wekerle!

Wegen der Lösung wichtiger, sozialer und einen Aufschub nicht duldender wirtschaftlicher und finanzieller Fragen liegt uns unter den heutigen schwierigen Verhältnissen die große Aufgabe des Ausbaues des ungarischen nationalen Staates und der Wahrung seiner Interessen ob. Die Erreichung dieser großen Ziele erfordert die Entfaltung der ganzen Kraft der Nation. Aus diesem Grunde halte ich im Interesse der produktiven Tätigkeit für wünschenswert, daß die Ausdehnung des Wahlrechtes, die die politischen und gesellschaftlichen Kreise in fortwährender Aufregung hält, im gegenseitigen Einvernehmen je eher in dem Sinne verwirklicht werde, wie ich dies in meinem Handschreiben vom 28. April 1917 bezeichnete. Ich wünsche den unversehrten gesetzlichen Einfluß meiner ungarischen Regierung auf die Führung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten zu sichern, und es ist mein lebhaftes Verlangen, daß das durch meine bisherige Regierung aufgestellte und von mir genehmigte Programm vollkommen verwirklicht werde. Wenn dies zu meinem Bedauern und gegen meine Erwartung im gegenseitigen Einvernehmen nicht erreichbar sein würde, ermächtige ich Sie und meine Regierung, wie sehr ich auch Neuwahlen während der Dauer des Krieges zu vermeiden wünsche, daß Sie im Interesse der Sicherung der Wahlrechtsfrage und des Programms der Regierung zu den Neuwahlen schreiten können. Auf dieser Grundlage ernenne ich Sie neuerdings zum ungarischen Ministerpräsidenten, beziehungsweise bestätige ich Sie in Ihrer bisher innegehabten Stellung und erwarte Ihre Vorschläge betreffs Neubildung der Regierung.

Für unsere Feldgrauen.

Gebührnisse bei Urlaub.

Der gewöhnliche Urlaub, für dessen Dauer neben freier Fahrt auch Löhnung und Verpflegungsgeld bezahlt wird, darf höchstens einen Monat betragen. Wird längerer Urlaub gewährt, dann gilt der Beurlaubte als vorläufig entlassen. Die Bestimmungen der Kabinettsordre vom 8. Dezember 1916 besagen darüber, daß die Löhnung in diesem Falle nur bis Ende des Monatsdrittels, in dem der Urlaub angetreten ist, bezahlt wird. Wird dieser längere Urlaub am ersten Tage eines Monatsdrittels angetreten, so hört die Löhnungszahlung bereits mit Ende des vorhergehenden Monatsdrittels auf. Wiederbeginn der Löhnungszahlung mit dem ersten Tage des Monatsdrittels, in dem die Rückkehr vom Urlaub erfolgt. Verpflegungsgeld und Freifahrt werden nicht gewährt.

Das Kriegsministerium hat nun unterm 24. April 1918 eine neue Verfügung erlassen, die besagt, daß die Befugnisse der zuständigen Vorgesetzten zur Urlaubserteilung nicht eingeschränkt werden sollen. Es kann daher in Fällen, in denen die vorgeschriebene Entlassung (Zurückstellung) mit Umständlichkeiten verknüpft oder erwünscht ist, ein längerer als einmonatiger Urlaub erteilt werden. Die Beurlaubten sind dann aber, soweit sie nicht dem aktiven Friedensstand angehören, so zu behandeln, als wenn sie von vornherein entlassen (zurückgestellt) worden wären. Sie haben also gleich vom ersten Tage des Urlaubs an keinen Anspruch auf irgendwelche Gebührnisse.

Es kommt vor, daß Mannschaften, die einen Urlaub von einem Monat hatten, noch Nachurlaub erhalten. Für die Dauer dieses Nachurlaubs stehen ihnen Gebührnisse nicht zu, weil deren Gewährung die Dauer von einem Monat nicht übersteigen darf.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 8. Mai.

Des Himmelfahrtstages wegen erscheint die nächste Nummer dieses Blattes am Freitag nachmittag.

Und milde sang die Nachtigall . . . Herr Garteninspektor Maaß schreibt uns folgendes: Seit einigen Tagen sind die Nachtigallen auf unseren Wällen wiedergekehrt; dies ist um so erfreulicher, als seit 3 Jahren keine Nachtigallen, die sonst so reichlich vertreten waren, in unseren Wallanlagen angetroffen wurden. Auch in der dichten Pflanzung des Vogelschutzgehölzes haben sich einige Paare angesiedelt, so daß wir nunmehr hoffen können, daß die Nachtigallen ihren ständigen Wohnsitz in unmittelbarer Nähe von Lübeck wieder genommen haben. Es wäre zu wünschen, wenn die Spaziergänger etwas mehr Obacht geben auf die in den Anlagen seit längerer Zeit umhertreibende Jugend, die alles was an Gehölz und dichten Pflanzungen in den Anlagen vorhanden ist, vernichtet. Das Arbeiterpersonal der Stadtgärtnerei, welches infolge des Krieges stark vermindert ist, kann nicht mehr in dem Maße wie vorher unsere Anlagen pflegen und instandhalten. Auch die Wächter, die sonst in den Revieren Ordnung hielten, werden für andere dringliche Arbeiten verwendet. Es ist Pflicht jedes einzelnen Bürgers, die herumwildernde Jugend von ihrem Treiben abzuhalten damit nicht unsere Anlagen gänzlich verkommen, damit aber vor allen Dingen unserer Vogelwelt die Nistgelegenheiten bleiben.

Richtpreise für Obst. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat folgende Richtpreise für die Abgabe von Obst durch die Erzeuger je Pfund (0,5 kg) frei Verladestelle festgesetzt: Erdbeeren 1. Wahl 70 Pfg., Erdbeeren 2. Wahl 40 Pfg., Walderdbeeren und Monatserdbeeren 120 Pfg., Johannisbeeren (weiße und rote) 80 Pfg., Johannisbeeren (schwarze) 45 Pfg., Stachelbeeren (reif und unreif) 35 Pfg., Himbeeren (in kleinen Packungen) 70 Pfg., Preßhimbeeren 50 Pfg., Blaubeeren (Heidelbeeren) 40 Pfg., Preißelbeeren 50 Pfg., saure Kirschen 1. Wahl (große Kirschen) 45 Pfg., saure Kirschen 2. Wahl (auch Preßkirschen) 25 Pfg., süße Kirschen 1. Wahl 35 Pfg., süße Kirschen 2. Wahl (Preßkirschen) 25 Pfg., Reineclauden (große grüne) 35 Pfg., Mirabellen 45 Pfg., Pflaumen 1. Wahl (großfrüchtige Pflaumen und Frühzwetschen, nicht Hauszwetschen) 30 Pfg., Pflaumen 2. Wahl (kleinfrüchtige Pflaumen) 15 Pfg., Pfirsiche und Aprikosen 1. Wahl 100 Pfg., Pfirsiche und Aprikosen 2. Wahl 50 Pfg.

Hilfsdienstpflichtige gesucht! Auf Grund des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst fordert die Kriegsamtstelle Altona im Anzeigenteil unserer heutigen Nummer Hilfsdienstpflichtige, die im besetzten Gebiet Belgiens benötigt werden, zur freiwilligen Meldung auf. Wir verweisen auf den Text der Anzeige.

Unbezahlbar ist das Werk „Die Goldquelle", mit diesen und anderen vielsagenden Worten wird von dem Frapa Verlag G. m. b. H. in Charlottenburg eine große Reklame für den Vertrieb eines Buches „Die Goldquelle" gemacht. Ohne hier auf das Buch näher einzugehen, sei darauf hingewiesen, daß es sich bei dem Verfasser des Buches und dem Geschäftsführer des Frapaverlags um ein und dieselbe Person, nämlich um einen Herrn Franz Pautsch in Charlottenburg handelt, mit dem sich die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen seit Jahr und Tag zu befassen hat. Vor jeglicher Verbindung mit Pautsch, der nach ärztlichem Gutachten geisteskrank ist und nach getroffenen Feststellungen schon zahlreiche Opfer gefordert hat, muß dringend gewarnt werden. Nähere Auskunft über Pautsch erteilt Interessenten die genannte Zentralstelle hier, Parade 1.

Kisten und Kasten abliefern! Man schreibt uns: Nur noch bis zum 11. Mai händigt die Sammelstelle der Kriegs-Brockensammlung den eifrigsten Sammlern von Kisten und Kasten ihren Photographie-Sonderschein aus.

Ludendorff-Spende für Kriegsbeschädigte. Wie im ganzen Deutschen Reiche, so sind auch in Lübeck zugunsten der Ludendorff-Spende für Kriegsbeschädigte, die in der Zeit vom 1. bis 7. Juni geplant ist, bereits größere Beträge gezeichnet, über die teilweise schon in der Tagespresse berichtet wurde. Es ist dieses umso erfreulicher, als an manchen Stellen eine falsche Auffassung über die Veranstaltung herrscht. Es handelt sich nicht etwa um eine jener regelmäßig wiederkehrenden, für allgemeine Kriegswohlfahrtszwecke bestimmten Sammlungen. Für die Kriegsverletzten-Fürsorge werden vielmehr Mittel in größerem Umfange benötigt, wie seiner Zeit für die „Nationalstiftung für Hinterbliebene", die dank der Opferfreudigkeit des ganzen deutschen Volkes ein Ergebnis von mehr als 100 Millionen Mark zeitigte. Es ist zu hoffen, daß die bereits berichteten glänzenden Beispiele, da 200 000 Mk. und 100 000 Mk. zur Verfügung gestellt wurden, auch von anderen befolgt werden wird. Die Spenden fließen grundsätzlich den Landesteilen zu, aus denen sie stammen. Gaben werden schon jetzt bei sämtlichen Lübecker Banken auf Konto „Ludendorff-Spende für Kriegsbeschädigte" entgegengenommen.

Eutin. Der Stadtrat genehmigte am Montag in zweiter Lesung den Ankauf des Stamerschen Grundstücks durch die Stadt für 46 000 Mk. und den Verkauf des der Stadt gehörigen bisherigen Offizierskasinos an G. Teknau für 32 600 Mk. Der Bericht der Kommission betr. Bau von Wohnungen auf dem städtischen Gelände am Meinsdorfer Wege wird erstattet werden, sobald hierbei die von Reichswegen in der Wohnungsfürsorge getroffenen Erhebungen Berücksichtigung finden können. In einer der nächsten Sitzungen wird der vorberatende Ausschuß über die Möglichkeit der Unterstützung der durch den Krieg besonders hart geschädigten Handwerker, kleineren Geschäftsleute usw. seine Vorschläge unterbreiten. Hierauf folgte geheime Sitzung.

Ratzeburg. Ein Großfeuer äscherte Montag nachmittag im benachbarten Ziethen die Hofstelle des Hauswirtes M. und die Kate des Hauswirtes F. ein. Es brannten insgesamt 9 Gebäude ab, darunter 4 Wohnhäuser. Das Vieh konnte gerettet werden.

Rostock. Das Junkertum obenauf. In einer Besprechung des Wahlrechtskampfes im preußischen Abgeordnetenhaus schreibt die „Mecklenburgische Volkszeitung", bei den Junkern werde der Appell nichts nützen, daß durch ihr Verhalten das Ansehen der preußischen Krone geschädigt wird. Ebensowenig der Hinweis auf den Willen des preußischen Königs. Eine Erscheinung, die für uns Mecklenburger keine Ueberraschung bringt. Wir erinnern doch, wie der Schweriner Großherzog Friedrich Franz IV. am 17. November 1912 in feierlicher Sitzung des Schweriner Staatsministeriums erklärte „wenn der außerordentliche Landtag die neue Verfassungsvorlage ablehnt, werde ich die (zeitgemäße) Verfassung oktroyieren". Trotzdem hat dann der mecklenburgische Landtag die Regierungsvorlage abgelehnt. Und der Schweriner Großherzog hat übrigens die neue Verfassung bis heute noch nicht oktroyiert.

Aus Nah und Fern.

Ein tolles Stück leistete sich ein Handlungsgehilfe Weiß in Berlin. Er hatte bei einer Frau Grünkorn eine Menge Sachen gesehen, die ihm gut gefielen. Da redete er einem Bäckereibesitzer Wolynetz vor, er habe der Frau Grünkorn für 26 000 Mark Waren verkauft, bekomme aber kein Geld und auch die Ware nicht zurück. Er bat den Wolynetz, ihm mit Hilfe zweier diesem befreundeten Kriminalbeamten zur Wiedererlangung seiner Waren behilflich zu sein und setzte für die Beamten als Belohnung 3000 Mark aus. Die beiden Beamten erklärten sich auch zu dieser Hilfeleistung bereit. Einer soll aber mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit der Schritte, die ohne Befugnis von ihnen unternommen werden mußten, für sich allein 3000 Mark gefordert haben. Beide erschienen in der Wohnung der Frau Grünkorn, legitimierten sich als Kriminalbeamte, nahmen eine Durchsuchung der Wohnung vor und erklärten dann den ganzen Vorrat an Stoffen, Garnen usw. für beschlagnahmt, wobei die beiläufige Bemerkung gefallen sein soll, Frau Grünkorn könnte sofort verhaftet werden. Die eingeschüchterte Frau ließ es auch ruhig geschehen, daß die Waren, ohne daß ein Protokoll aufgenommen wurde, in eine Droschke gebracht wurden. Als Weiß dort erschien, behauptete er, daß noch etwa für 6000—7000 Mark Waren fehlten; dies hatte zur Folge, daß der Beamte nochmals zur Frau Grünkorn ging und dort verfängliche Redensarten über die Möglichkeit, die Sachen unter gewissen Umständen wieder zurückzuerhalten, gemacht haben soll. Das war der Frau doch verdächtig. Sie wandte sich an die Polizei und diese deckte den gerissenen Gaunerstreich auf. — Jetzt sollen die beiden Kriminalbeamten auf ihren Geisteszustand untersucht werden.

Werft-Brand in Friedrichshafen. In der Werft von Friedrichshafen gab es am 16. April ein Schadenfeuer, über das die französischen Zeitungen die unsinnigsten Berichte verbreiten. „L'Information" vom 17. April behauptet, der Brand sei ein Werk der englisch-amerikanischen Luftflotte in Belfort, und mehrere Luftschiffe und der größte Teil der zum Schutz gegen die amerikanische Bedrohung dort versammelten 30 Flugzeuggeschwader seien dabei vernichtet worden. — Damit nicht genug! „Den ganzen Tag", heißt es weiter, „bis in die Nacht hinein fanden Explosionen statt. Der ganze Ostteil der Stadt wurde schwer mitgenommen. Die Zahl der Opfer „soll" sich auf 140 Tote und 200 Verwundete belaufen. Der Gesamtschaden „soll" ungeheuer sein." Aehnlich lautet der Bericht des „Journal" vom selben Tage; nur die Zahl der Toten und Verwundeten ist noch etwas gewachsen und das Blatt ruft triumphierend aus, das Hauptzentrum des deutschen Flugwesens sei völlig zerstört und mit ihm die Hoffnung der Deutschen, den Kampf mit der amerikanischen Luftflotte aufnehmen zu können. — Die französischen Zeitungen werden wirklich gut informiert. Sie wissen mehr als die Einwohner von Friedrichshafen. Es haben in Wirklichkeit keine Explosionen stattgefunden. Die Stadt Friedrichshafen hat keinen Schaden erlitten. Menschen sind weder verletzt noch getötet worden. Der Brand ist auch nicht das Werk feindlicher Flieger. Er entstand im Holztrocknungsraum des Werkes durch Selbstentzündung von Holzstaub im Trockenofen. Da im Trockenraum und dem anschließenden kleineren Holzlager das Feuer gute Nahrung fand, und da ungünstigerweise ein ziemlich lebhafter Nordwind herrschte, so konnte das Feuer auf die benachbarte Zeppelinhalle übergreifen, in der sich glücklicherweise kein Luftschiff befand. Von den gesamten eigentlichen Fabrikräumen konnte das Feuer ferngehalten werden. So ist das Gesamtergebnis des Brandes auf den Verlust der Holzvorräte und der alten hölzernen Zeppelinhalle beschränkt geblieben.

Derartige Lügenmeldungen würde von vornherein die Spitze abgebrochen werden, wenn sofort nach solchen Unfällen von deutscher Seite ein authentischer Bericht herausgegeben würde.

Ein Mahner! Der schweizerische Militärkritiker, Oberst Egli schreibt über seine Fronteindrücke während seiner kürzlichen Reise an die Westfront: Von Frankfurt habe ich einen peinlichen Eindruck mitgenommen, der in gewissem Gegensatz steht zu der Opferwilligkeit einfacher Volkskreise. Ich speiste in einem sehr guten und nicht sehr billigem Restaurant zu Abend, das recht gut besetzt war. Man sah den Gästen an, daß sie die Not des deutschen Landes noch nicht am eigenen Leibe verspürt hatten. Wohlgenährte Herren und ebensolche Damen in kostbaren Kleidern mit funkelnden Steinen! Was auf den Tisch kam, war sehr gut und teuer. Eine bescheidene, bleiche Frau kommt mit der Sammelbüchse für das Rote Kreuz. Sie wird von fast allen den satten Bürgern mit ihren Frauen abgewiesen. Gewiß haben die meisten von ihnen wohl schon sehr viel gegeben, ihre Namen standen wahrscheinlich in den Zeitungen in dem Verzeichnis der großen Zeichner auf Kriegsanleihe und mit großen Beträgen an der Spitze der Sammelliste für Kriegswohltätigkeit. Und doch bin ich der Meinung, daß man ein hartes Herz haben muß, um eine kleine Gabe für Verwundetenpflege zu verweigern, wenn man sich für viel Geld satt gegessen und getrunken hat und namentlich zu einer Zeit, wo die großen Kämpfe im Gange sind, die über das Schicksal des Reiches entscheiden. Wer 10 Mk. und mehr für eine Flasche gutgekühlten Wein bezahlen kann, darf niemals 10 Pfennig verwehren denen, die ihr Blut auch für die Genießer im Hinterlande hergeben ...."

Vorbildliche Verwaltung eines Telegraphenbureaus. Das norwegische Telegraphenbureau ist aus privatem Besitz in die Hände einer neugegründete Aktiengesellschaft „Norwegisches Telegramm-Bureau" übergegangen, deren Aktien im Besitz der norwegischen Zeitungen aller Parteien in der Hauptstadt und in der Provinz sind.

Furchtbare Minenexplosion an der schwedischen Küste. „Berlinske Tidende" meldet aus Stockholm: Eine furchtbare Minenkatastrophe ereignete sich gestern bei Westervik. Eine an Land getriebene Mine sollte von der Marinemannschaft entladen werden, explodierte jedoch vorzeitig mit ungeheurer Gewalt. **Sechs Personen wurden sofort getötet,** und zwei tödlich verletzt. Unter den Getöteten befindet sich ein schwedischer Marineoffizier. Die Leichen der Getöteten wurden weit hinweggeschleudert.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Maggi's Würze

wird stets in vorzüglicher Qualität, wegen Mangels an Rohstoffen gegenwärtig aber nur in beschränkten Mengen, in den Handel gebracht. Deshalb

Achtung vor Unterschiebungen!

Es ist strafbar, andere Suppenwürze in Maggiflaschen feilzuhalten oder als Maggi's Würze zu verkaufen. (2215

Maggi-Gesellschaft
Berlin W. 35.

Bekanntmachung

betreffend die Ausgabe von Bezugsausweisen für Nähgarn im Eingemeindungsgebiet.

Die Ausgabe der Bezugsausweise für Nähgarn erfolgt unter den in der Bekanntmachung vom 26. April ds. Js. bekanntgegebenen Bedingungen in der Zeit vom Freitag, dem 10. Mai bis Montag, dem 13. Mai ds. Js. während der Geschäftsstunden:

in Travemünde in der Geschäftsstelle der Behörde für Travemünde,
in Schlutup in der Geschäftsstelle des Polizeiamtes für die Ausgabe von Lebensmittelausweisen,
in Rückniß-Herrenwyk, Siems-Dänischburg, Moisling-Genin in den Polizeibezirken.

Die Geschäfte, in denen Nähgarn erhältlich ist, werden noch bekanntgegeben.

Lübeck, den 7. Mai 1918. (2210

Das Polizeiamt.

Anmeldungen für den Strumpfflickkursus
werden Königstr. 19, Zimmer 1, entgegengenommen.
2218 **Kriegshilfe, Abt. Schuhfürsorge.**

Vaterländischer Hilfsdienst.

Aufforderung des Kriegsamtes zur freiwilligen Meldung gemäß § 7 Abs. 2 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst.

Im besetzten Gebiet Belgiens bedarf es noch einer großen Anzahl von Hilfsdienstpflichtigen, um Soldaten für die Front freizumachen.

Es werden gesucht:

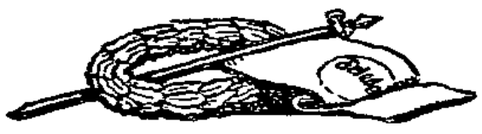
Dolmetscher (französisch und flämisch)
Erdarbeiter
Holzfachleute (Vermessung, Verladung, prakt. forstl. Kenntnisse)
Kantinenpersonal
Köche
Kraftfahrer
Ordonnanzen
Pferdepfleger
Schneider
Schreiber.

Es kommen nur Leute in Frage, die nicht mehr in wehrpflichtigen Alter, also vor dem 1. 1. 1870 geboren sind, ferner Kriegsbeschädigte mit Rente, wenn sie glauben, den Anstrengungen, die der Dienst im besetzten Gebiet mit sich bringt, gewachsen zu sein.

Facharbeiter und Personen mit auffallenden körperlichen Fehlern und Gebrechen, sowie Personen, die in kriegswichtigen Betrieben tätig sind, können nicht angeworben werden.

Die näheren Bedingungen sind bei der Kriegsamtstelle Altona zu erfahren. (2217

Meldungen, welche schriftlich oder mündlich erfolgen können, nimmt die Kriegsamtstelle Altona, Geibelstraße 1, entgegen.



Ein Opfer dieses grausamen Krieges wurde unser lieber herzensguter Sohn und Bruder

Walter Wittenborg

Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse

im blühenden Alter von 20 Jahren. Er ist am 29. April ds. Js. in einem Lazarett in Saarbrücken seinen schweren Verwundungen erlegen.

In tiefer Trauer (2214

Heinrich Borgwaldt und Frau verw. **Wittenborg.**
Hugo Wittenborg, Vizefdw., zurzeit in engl. Gefangenschaft.
Karl-Heinz Borgwaldt und Verwandte.

Lübeck, Ludwigstr. 36.

Bestattung Freitag, d. 10. d. Mts., auf dem Ehrenfriedhof. Die Trauerfeier beginnt um 8¼ Uhr in der Burgtorkapelle.

Kräftige Arbeiter
stellt ein
Heinrich Diestel.
Meldungen morgen Donnerstag vormittag von 9—10 Uhr Mühlenstr. 62. 2221

Wir suchen für unseren Betrieb
ungelernte Arbeiter u. Platzarbeiter
in größerer Zahl, ferner (2206
Eisendreher,
Maschinenschlosser,
Böttcher,
Rangierer,
Rottenführer und Rottenarbeiter.
Arbeiterannahmestelle Zuckerfabrik Bremnitz,
Rathenow, Brückenstr. 22.

Für die liebevolle Teilnahme und reichen Kranzspenden sowie Herrn Pastor Tegtmeier für die trostreichen Worte beim Ableben meines lieben Mannes, unseres guten Vaters im Namen aller Angehörigen unseren herzlichen Dank. (2218

Frau Wendelborn Wwe.

Gesucht eine **Näherin und jg. Mädchen** zur Erlernung der Schneiderei. (2216
F. Puls, Buseksfstr. 4 a.

Ges. eine Waschfrau
für jeden Montag. (2219
Schnuchel, Dankwartsgrube 13

Touristensachen
zu verkaufen. (2220
Geverdesstr. 56, II.

2 Bilder, 1 Handnähmaschine, 1 Spiegel zu verkaufen.
2208) Segebergstr. 24, I.

Aerztlicher Sonntagsdienst
Himmelfahrt, 9. Mai (2212
Dr. Leonhard, Roeckstr. 17 b.
Dr. Stoffer, Kronsford. Allee 13.
Dr. Dinkgraeve, Moisl. Allee 22.

Künstlerkarten 2209
100 Serien-Kopf-, Lieb.-, Landsch.-, Humor- u. Gratul. 5 M, 100 Ansicht. v. Westen 3.50 M, 100 ff. Künstlerkarten 6 M, 20 Muster all. Sorten 1 M. Preisl. gratis. 100 Feldpostbriefe 2.90 M. Kunstverlag „Iris" **S. Brieden,** Recklinghausen 57.

Taschenuhren Schmucksachen Verlobungsringe
2203) **Willi Westfehling**
32 Holstenstrasse 32

Glasscheiben
aller Art off.
O. Tauchnitz, Glashandlg.,
Fleischhauerstr. 35. Fernr. 2808 2202

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (2205
Otto Albers
Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Spar. Lubeca.

Der neue Kriegs-Atlas
bedeutend erweitert, jetzt 56 Karten von allen Kriegsschauplätzen sowie von den neugebildeten Staaten im Osten ist wieder vorrätig.
Preis Mk. 1.50.
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Zentralverband proletarischer Freidenker.
Ortsgruppe Lübeck.

Mitglieder-Versammlg.
am Donnerstag, dem 9. Mai
nachmittags 2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung:
Innere Vereinsangelegenheiten
Gäste willkommen.
2211) **Der Vorstand.**

Hansa-Theater.
Mittwoch, d. 7. Mai, abends 8 Uhr: Zum letzten Male:
Fräulein Kadett.
Donnerstag, d. 8. Mai (Himmelfahrtsfest), **abends 8 Uhr:**
Ein Walzertraum.
Operette in 3 Akten von Oscar Strauss.
Freitag, den 9. Mai u. folgende Tage, abends 8 Uhr:
Ein Walzertraum. 2204

Nr. 107
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Mittwoch, den 8. Mai 1918

Die Vorgänge in der Ukraine vor dem Haushaltsausschuß.

Am Montag protestierte Abg. Ebert zunächst gegen die Art, wie der amtliche Bericht abgefaßt und der Oeffentlichkeit übergeben wurde. Auf seinen Antrag wird die Vertraulichkeit der Verhandlungen aufgehoben und damit die Berichterstattung freigegeben. Abg. Ebert forderte dann weiter, daß Material über die Vorgänge in der Ukraine vorgelegt werden soll, insbesondere müsse man **Näheres über die Zusammensetzung der neuen Regierung** erfahren.

Unterstaatssekretär von dem Bussche verlas daraufhin das bereits gestern von uns mitgeteilte Telegramm des Botschafters Freiherrn v. Mumm.

Abg. Haas (Volksp.) übt dann scharfe Kritik an der Ukrainepolitik. Der Friede mit der Ukraine sei immer noch nicht ratifiziert, weil das Geheimabkommen, das mit der Ukraine getroffen wurde, noch nicht erfüllt worden ist. Das **Auftreten der Militärs lasse die Gefahr in greifbarer Nähe erscheinen, daß alles wieder zerstört werde, was im Laufe der Jahre errungen worden ist.** Die Reichsregierung muß auf alle Fälle dafür sorgen, daß sie die **Leitung in der Hand behält** und daß verhütet wird, daß **jeder Militärbefehlshaber auf eigene Faust handeln kann.** Das Vorgehen gegen die Rada, das **nach dem Rezept des Herrn v. Oldenburg-Januschau** erfolgt ist, stehe beispiellos da und mußte in der Bevölkerung der Ukraine eine große Erbitterung auslösen. Es unterliege auch gar keinem Zweifel, daß wir dort lediglich im Interesse der **Großgrundbesitzer** gehandelt haben, die mit der Grundaufteilung durchaus nicht einverstanden sind. Der Redner geht dann über auf die Verhältnisse in den baltischen Provinzen und fragt, ob es richtig sei, daß die **estnische Abordnung, die man in Berlin nicht hören wollte, jetzt nach London gereist ist, um dort Anschluß an die Entente zu suchen.** Wenn man der Heeresleitung und dem Militärbefehlshaber völlig freie Hand lassen wolle, dann sei es besser, ihnen auch gleich die politische Verantwortung aufzubürden.

Abg. Stresemann vermutet, daß eine Reihe von Mißverständnissen unterlaufen sei. Er bemerkt, daß niemand Freude an den Vorgängen in der Ukraine empfinden könne und daß unsere Politik allerdings dazu führen könne, daß nicht eine Schwächung, sondern eine Wiederherstellung Groß-Rußlands eintreten werde. Auf der anderen Seite käme aber in Frage, daß die Ukraine nicht erfüllt habe, was versprochen worden sei, und daß wir deshalb genötigt waren, die Durchführung der Vereinbarungen selbst in die Hand zu nehmen. Das Vorgehen gegen die Rada sei keineswegs zu billigen, aber es stelle sich auch heraus, daß ein großer Fehler darin liege, daß man **einen Diplomaten nach Kiew gesandt habe, der zum erstenmal in dieses Land komme.** Es wäre weit besser gewesen, wenn man sowohl nach Kiew wie nach Moskau tüchtige Kaufleute geschickt hätte. Im Osten sei noch alles im Fluß und deshalb sei es durchaus richtig, wenn eine kurzfristige Politik getrieben werde, die den Bedürfnissen der Stunde Rechnung trüge. Wenn die deutsche Regierung mit der neuen Regierung der Ukraine arbeiten könne, solle sie es tun. Der Redner empfiehlt dann weiter, man möge Letten in die deutsche Verwaltung nehmen, damit die Letten sehen, daß sie auch in Deutschland vorwärts kommen.

Abg. Freiherr v. Gamp findet das Vorgehen in der Ukraine ganz in der Ordnung und stellt an die Regierung die Frage, ob denn die russische Regierung bei ihr angefragt habe, ob ihr Herr Joffe als Botschafter genehm sei. Daraus, daß Herr Joffe mit Sozialdemokraten verkehre, unter denen sich vielleicht auch deutschfeindliche befänden, könnten die „größten Bedenken" entstehen.

*

In der Dienstag-Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages nahm vor der Weiterberatung der Ostfragen Kriegsminister Freiherr v. Stein das Wort, um zu den bei der Armeegruppe Eichhorn für den Dienstgebrauch hergestellten politischen Schriften Stellung zu nehmen: Ich habe gestern jedem Herrn Abgeordneten des Ausschusses ein Stück des Heftes 7 der Schriftenfolge **„Unser Vaterland"** übergeben lassen. Meine Stellungnahme diesem gegenüber hat sich nicht geändert. Ich lehne es ab. **Es ist unverantwortlich. Die Oberste Heeresleitung ist der gleichen Ansicht. Wir wollen nicht, daß der politische Kampf in das Heer hineingetragen werde.** Im allgemeinen geht die Versorgung des Heeres mit Unterrichtsstoff von der Zentralstelle aus, aber auch die A.-O.-K. stellen gelegentlich derartiges Material auf. Ich habe die ganze Schriftenreihe durchgesehen. Heft 7 und einige andere Hefte sind eingezogen worden. Es sind Vorkehrungen getroffen, daß sich solche Vorfälle nicht wiederholen.

In der anschließenden Erörterung wurde die Vorlage auch der vorausgegangenen und nachfolgenden Hefte verlangt, die Abschüttelung der erwähnten Schrift durch den Kriegsminister gebilligt und Vorbeugungsmaßnahmen gegen die Wiederholung solcher Fälle gefordert. Kriegsminister v. Stein sagte solche Maßnahmen zu.

Die Beratung der Herrenhausvorlage.

Das Preußische Abgeordnetenhaus hat am Montag die Herrenhausvorlage in zweiter Lesung weiterberaten. Die Debatte drehte sich in der Hauptsache um den § 4, der den Kreis derjenigen Personen aufzählt, die auf 12 Jahre oder für die Dauer ihres Amtes ins Herrenhaus berufen werden. Es lagen hierzu eine große Reihe von Abänderungsanträgen vor, u. a. ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die Zahl der Vertreter der Landwirtschaft zu verringern, dagegen die der Vertreter der Arbeiter von 24 auf 48 und die der Vertreter der Angestellten von 16 auf 32 zu erhöhen. Die Fortschrittler beantragten gleichfalls eine Erhöhung der Vertreter der Angestellten auf 32, dagegen wollten sie sich, ebenso wie das Zentrum, mit 36 Arbeitervertretern begnügen.

Genosse Hue führte u. a. aus, daß der § 4 für die zukünftige Gestaltung des Herrenhauses von einschneidender Bedeutung sei. Er wies nach, wie ungleichmäßig die einzelnen Klassen in Zukunft im Herrenhaus vertreten sein sollen und wie namentlich die Arbeiter entrechtet werden, während der Landwirtschaft eine Vertretung eingeräumt werden soll, die weit über ihre Bedeutung hinausgeht. Auch die Entrechtung der Kriegsteilnehmer zog Genosse Hue in den Kreis seiner kritischen Betrachtung. Er schloß mit der Warnung an die Konservativen, diesem Volke, dem man schon so viel zugemutet habe, **nun nicht auch noch die weiteren Beschlüsse zum Herrenhaus und die Ablehnung des gleichen Wahlrechts zum Abgeordnetenhause zuzumuten. Die Situation sei mit Konfliktsstoff innerer und äußerer Natur geladen. Wir kennen noch nicht das Ende des Krieges** und die innerpolitische Situation ist derart, daß es angebracht erscheint, an das Wort Theodor Mommsens zu erinnern: „Ihr treibt es arg! Ich fürcht', es breche, nicht jeden Wochenschluß macht Gott die Zeche."

Im weiteren Verlaufe der Debatte kam der Vertreter der Unabhängigen, Ströbel, zu Worte, der sich gegen die ganze Institution des Herrenhauses wandte und im übrigen aufs heftigste gegen die „Regierungssozialisten" im allgemeinen und gegen unseren Genossen Haenisch im speziellen wetterte. Er besaß — gelinde gesagt — die Geschmacklosigkeit, den Genossen Haenisch, weil dieser in seiner Rede vom Sonnabend sich auf Marx berufen hatte, als „Leichenschänder" zu bezeichnen. Diese Art und Weise, wie Anhänger des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gegen Verfechter der gleichen Forderung in einem Moment polemisieren, wo es mehr als je auf die Einheitlichkeit aller fortgeschrittenen Politiker ankommt, erregte auf der äußersten Rechten große Genugtuung. Man merkte es den Herren förmlich an, wie sie sich über das Auftreten des Ströbel freuten, und nicht mit Unrecht konnte der Abg. Gronowski vom Zentrum erklären, daß Ströbel durch seine Ausführungen **der Idee des gleichen Wahlrechts keinen guten Dienst geleistet** habe.

Die Abstimmung ergab die Annahme des § 4 unter Ablehnung fast sämtlicher Anträge. Nur einige Anträge, die die Vertreter der kleinen Landwirtschaft etwas besser stellen wollen als es die Kommissionsfassung vorsieht, gelangten zur Annahme.

Die übrige Debatte über die Herrenhausvorlage war belanglos.

Nach Erledigung der Vorlage über die Zusammensetzung des Herrenhauses begann in vorgerückter Stunde die Beratung der Verfassungsvorlagen, und zwar wurden zunächst die Sicherungsanträge des Zentrums und der Freikonservativen zur Beratung gestellt. Der Minister des Innern gab hierzu die Erklärung ab, die **Regierung würde voraussichtlich bereit sein, auf den Boden dieser Sicherungen zu treten,** wenn durch ein Zustandekommen des Verfassungsreformwerkes im ganzen in einem für die Regierung annehmbaren Sinne sichergestellt werden würde. Der konservative Führer v. Heydebrand bemerkte, daß die Anträge, die für Aenderungen der Verfassung eine qualifizierte Mehrheit verlangen, seinen Freunden „sympathisch" seien. Es sei wohl möglich, daß sie in einem späteren Stadium dafür stimmen würden. Dagegen stellte er sich den Sicherungsanträgen des Zentrums weniger geneigt gegenüber.

Das Abgeordnetenhaus hat am Dienstag die zweite Lesung der Verfassungsvorlage beendet und sämtliche vom Zentrum gestellten sogenannten Sicherungsanträge gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Die Nationalliberalen erklärten, daß sie zu den Anträgen noch keine Stellung nehmen könnten, da sie ihre Tragweite nicht zu übersehen imstande seien. Die Freikonservativen stellten sich, ebenso wie die Konservativen, auf den Standpunkt, daß die Sicherungen „nur bedingten Wert" hätten, und daß es vor allem darauf ankomme, „die Einführung des gleichen Wahlrechts zu verhindern". Scharf bekämpft wurden die Sicherungen von den Rednern der Linken, den Abgg. Hirsch (Soz.), Dr. Pachnicke (Vp.) und Ströbel (U. Soz.)

Nach Ablehnung der Sicherungsanträge wandte sich das Haus zu der Besprechung der einzelnen Bestimmungen, die eine Reihe von Artikeln der Verfassung in der Richtung einer Erweiterung des Budgetrechts des Herrenhauses ergänzen wollen. Unsere Genossen Haenisch und Hirsch griffen wiederholt in die Debatte ein, um die reaktionären Bestimmungen zu bekämpfen. Vergebens! Die Mehrheit lehnte sämtliche Verbesserungsanträge ab, so den fortschrittlichen Antrag, der eine Auflösbarkeit des Herrenhauses vorsieht, und den sozialdemokratischen Antrag, wonach für den Fall, daß das Herrenhaus zweimal hintereinander einem Gesetzentwurf nicht zugestimmt hat, der König das Recht hat, mit Zustimmung des Abgeordnetenhauses dem Entwurf Gesetzeskraft zu verleihen.

Im großen ganzen sind, von geringfügigen redaktionellen Aenderungen abgesehen, die Beschlüsse der Kommission bestätigt worden.

Die zweite Lesung des Verfassungswerkes ist damit beendet. Die Möglichkeit einer Verständigung ist geringer als vorher. Ob trotzdem bis zur dritten Lesung noch eine Vereinbarung zwischen der Regierung und der Mehrheit erzielt wird, bleibt abzuwarten.

Ernährungsfragen.

Herabsetzung der Fleischration in Bayern.

In Bayern wird vom 13. Mai an die wöchentliche Fleischverbrauchsmenge von 250 Gramm auf 200 Gramm herabgesetzt. In der Begründung heißt es, rein zahlenmäßig betrachtet, biete der deutsche und besonders der bayerische Viehbestand kein ungünstiges Bild. Jedoch sei innerhalb desselben eine Verschiebung durch starke Zunahme des Anteils des Jungviehs eingetreten.

Daheimgebliebene!

An Euch geht in diesen Tagen dringender als je der Ruf des Vaterlandes: 2201

Bringt Euer Gold zur Goldankaufsstelle!

Diethelm von Buchenberg.

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte von Berthold Auerbach.

19. Fortsetzung.

Munde hatte, ohne daß es ihm Fränz zu wissen tat, doch bald erfahren, wo sie war; er kam nun auch oft in den Rautenkranz und blieb übermäßig lange bei seinem Schoppen sitzen, meist schweigsam und wenig teilnehmend an den Gesprächen um ihn her, nur seine Blicke folgten Fränz, wenn sie durch die Stube ging, und er trommelte mit den Fingern auf dem Tisch, wenn sie mit einem Gaste freundlich tat. Fränz aber lächelte ihm nur manchmal schelmisch zu, und wenn er sie heimlich auf einen sogenannten „Ständerling" vor dem Hause bestellte, oder gar mit ihr zum Tanze gehen wollte, wehrte sie strenge ab, da die Wirtin sie bei dergleichen mit Schimpf und Schande aus dem Hause jagen würde. Während sie auf Habhaftwerdung des Sternenwirtssohnes und dann des Hauptsohnes ausging, verstand sie es, Munde doch so hinzuhalten, daß er treulich wiederkam, und diese ausdauernde Liebe tat ihr einerseits wohl, anderseits hoffte sie dadurch besonders bei dem Hauptsohne eine Eifersucht und eine raschere Entscheidung herbeizuführen. In der Küche und bei dem Wirtssohne scherzte sie oft über Munde und seine närrische Verliebtheit, wobei sie ihn stets ihren Knecht nannte.

Schon seit mehreren Tagen erwartete Fränz ihren Vater, und als sie von allen ankommenden Fuhrleuten vernahm, welch eine unerhörte Kälte draußen sei, beklagte sie, daß ihr Vater dadurch abgehalten werden könne, sie zu holen. Gegen Abend kam Munde mit noch einem Soldaten und dessen Vater, einem Bauern aus Unterhailfingen, der seinen Sohn besucht hatte. Fränz tat heute besonders freundlich gegen Munde, bat ihn um Aufträge an die Seinigen, da sie bald die Stadt verlasse.

„Und du wirst jetzt noch einmal so reich," sagte Munde.

„Wieso? Hast du was gehört? Hat mein Vater verkauft?"

„Das auch, aber dein' Stiefschwester, die Kohlenhofbäuerin, liegt im Sterben, und da kriegst du alles."

„Woher weißt das?" fragte Fränz.

„Da der Peter von Unterhailfingen erzählt's, dein' Schwester wird schon gestorben sein."

Während Fränz sich noch mit der Schürze die Augen abrieb, trat ein Postschaffner, vor Kälte heftig trappend, ein. Es war ein ehemaliger Unteroffizier, den Munde kannte; er bot ihm nun das Glas zum Trinken an, und der Schaffner sagte, sich den Bart wischend: „Weißt auch schon, des Diethelms Haus in Buchenberg ist abgebrannt?"

„Herrgott, unser Haus?" schrie Fränz in lauter Wehklage und stieß im Umsichschlagen die Flasche vom Tisch, die klirrend auf den Boden fiel, so daß alles im Zimmer sich nach ihr wendete. Munde sprang schnell auf und setzte die zitternde Fränz auf seinen Stuhl. Der Schaffner bedauerte seine Unvorsichtigkeit, daß er nicht gewußt habe, daß das Diethelms Tochter sei. Fränz aber, leichenblaß und mit stieren Blicken, wollte Näheres wissen. Der Schaffner hatte dies nur von einem anderen gehört, der am Morgen durch Buchenberg gefahren war, und wußte weiter nichts, als daß kein Mensch dabei verunglückt sei, nur einen Knecht, der das Haus angezündet habe, suche man noch vergebens. Alles versammelte sich nun um Fränz und tröstete sie; ja, man wollte ihr sogar die ganze Sache ausreden, es sei vielleicht gar nicht wahr und dergleichen mehr. Fränz aber war rasch entschlossen, sie wollte augenblicklich heim; sie faßte beide Hände des Munde und bat ihn, ihr zu helfen, daß sie fortkäme, sie jammerte um ihren Vater und ihre Mutter und klagte sich selber an, daß sie von ihnen fortgegangen sei, es seien gewiß alle verbrannt, und man sage es ihr nicht. Die Wirtin wollte sie beruhigen und ihr solch wildes Rasen ausreden, aber Fränz stieß sie heftig von sich.

„Munde, du bist dein Lebtag gut zu mir gewesen, ich bitt' dich, Munde, guter Munde, hilf mir, daß ich fortkomm'," rief sie immer laut weinend, und Munde selber weinte mit und versprach, alles zu tun. Der Schaffner sah auf seine Uhr und sagte: durch Buchenberg gehe erst morgen wieder ein Eilwagen, in einer Stunde aber gehe ein anderer nach G. ab, und von dort aus könne Fränz leicht nach Buchenberg kommen. Fränz eilte schnell auf ihre Kammer, holte ihre Kleider, und trotz aller Einrede, daß sie doch den Abgang des Wagens im Haus abwarten möge, blieb sie nicht und ging, von Munde allein begleitet, nach dem Posthofe.

Wie träge schlug hier die Uhr; Fränz wollte fast vergehen vor Hast und Verzweiflung, und Munde, der sie gar nicht beruhigen konnte, sagte fast unwillkürlich: „Wenn ich nur den bösen Gedanken aus dem Kopf bringen könnt'!"

„Was? Was hast du?" fragte Fränz, ihn am Arme fassend. Munde sagte, daß es nichts sei, und er könne es nicht sagen, es sei schlecht, und sie solle es ja nicht glauben, aber er sag's ihr nicht.

Nun drang Fränz immer heftiger in ihn und schwur, ihr Leben lang ihn nicht mehr anzusehen, wenn er nicht mitteile, was er im Sinne habe.

Da sagte Munde: „Es ist einfältig, es wäre besser gewesen, ich hätt' dir gar nicht gesagt, daß ich was weiß. Aber ich seh' schon, ich komm' so nicht mehr los. Schwörst du mir, es nicht zu glauben und keinen Haß auf mich zu werfen und mich gern zu haben, wenn ich dir's sag'? Nein, nein, ich kann auch so nicht, ich bring's nicht auf die Zung', nie."

„Ich schwör' dir alles, ich bitt' dich, lieber, lieber Munde, ich hab' dich so lieb, ich bitt' dich, sag' mir's, was ist? Was weißt?"

„Es ist eigentlich dumm, und du könntest meinen, Wunder was es wär', drum will ich's sagen, aber du darfst's nicht glauben."

„Nein; aber sag's"

„Mein Medard hat einmal im Rausch gesagt, dein Vater woll' das Haus anzünden. Das ist alles. Nicht wahr, du glaubst's nicht? Ich bitt' dich nur, gib mir gleich Nachricht, wie es den Meinigen geht. Wenn ich Urlaub bekomm', komm' ich morgen nach. Was hast? Warum redest denn nicht? Steh doch auf."

„Ja, ja," sagte Fränz wie träumend und erhob sich von der eisbedeckten Staffel, auf die sie sich gesetzt hatte. „So, jetzt kommen die Pferde, aber wie langsam die machen. Gott im Himmel! Ich sterb', wenn das nicht schneller geht. Munde, was hab' ich sagen wollen? Ich weiß nicht mehr. Ja, sei mir nicht bös. Wenn nur meine Eltern noch leben, dann ist alles gut. Ich hätt's nie geglaubt, daß ich so aus der Stadt weggeh', und da, Munde, da hast du auch dein Geld; das, was du gesagt hast, ist nicht gesagt und wird nie mehr gesagt. So, gottlob, nun ade," schloß Fränz, als der Schaffner „Eingesetzt" rief.

Der Postillon blies lustig, der Wagen fuhr ab, und Munde schlug sich davongehend auf die Stirn; es kränkte ihn, daß er so unbesonnen herausgeredet und den Schmerz des Mädchens noch grausam vermehrt hatte, und jetzt merkte er erst, wie er so unbewußt Geld angenommen. Er kehrte in den Rautenkranz zurück, um noch einiges zu besorgen, das Fränz in der Eile vergessen hatte.

Fortsetzung folgt.

Nr. 19 — 25. Jahrgang

Unterhaltungsblatt

Mittwoch, 8. Mai 1918

Erinnerungen an Marx.

Von Wilhelm Liebknecht.

Wilhelm Liebknecht veröffentlichte im Jahre 1896 eine kleine Schrift zum Gedächtnis seines Freundes und Lehrers Marx, mit dem er in London in Freundschaft gelebt hat. Die prachtvolle Persönlichkeit von Marx tritt in dieser Schrift lebendig hervor. Wir geben einige charakteristische Auszüge aus diesen Erinnerungen Liebknechts.

In den Jahren 1850 und 1851 gab Marx einen Kursus von Vorträgen über Nationalökonomie. Er entschloß sich nur ungern dazu; aber nachdem er erst einem kleinen Kreise von Freunden ein paar Privatissima gelesen, ließ er sich doch durch uns bestimmen, vor einem größeren Kreise zu lehren. In diesem Kursus, der allen, die das Glück hatten, an ihm teilzunehmen, ein Hochgenuß war, entwickelte Marx schon vollständig in den Grundzügen sein System, wie es in dem „Kapital" uns vorliegt. In dem überfüllten Saal des Kommunistenvereins oder „Kommunistischen Arbeiterbildungsvereins", der damals noch in Great Windmill-Street hauste — in demselben Saale, wo dritthalb Jahre vorher das Kommunistische Manifest festgestellt worden war —, betätigte Marx ein merkwürdiges Talent der Popularisierung. Niemand hatte aber in höherem Maße als er die Fähigkeit, sich klar auszudrücken. Klarheit der Sprache ist die Frucht klaren Denkens; ein klarer Gedanke bedingt mit Notwendigkeit eine klare Form.

Marx ging methodisch vor. Er stellte einen Satz auf — möglichst kurz, und erläuterte ihn dann in einer längeren Ausführung, bei der er sich mit äußerster Sorgfalt bemühte, alle den Arbeitern unverständlichen Ausdrücke zu vermeiden. Dann forderte er die Zuhörer auf, Fragen an ihn zu richten. Geschah dies nicht, so fing er an zu examinieren, und das tat er mit solchem pädagogischen Geschick, daß ihm keine Lücke, kein Mißverständnis entging. Ich erfuhr, als ich meine Verwunderung über dieses Geschick aussprach, daß Marx schon im Arbeiterverein zu Brüssel nationalökonomische Vorträge gehalten hatte. Jedenfalls hatte er das Zeug zu einem vortrefflichen Lehrer. Er benützte beim Lehren auch eine schwarze Holztafel, auf die er die Formeln schrieb — darunter die uns allen aus dem Anfang des „Kapital" bekannten Formeln.

Ein Redner war Marx nicht — es lag nicht in seiner Natur; — im Haag —, auf dem letzten Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation — soll er übrigens, wie mir erzählt ward — ich selbst war damals mit Bebel auf der „Festung" Hubertusburg — sehr gut gesprochen haben. Ich selbst habe ihn nie eine Rede halten gehört — es war auch, solange ich mit ihm zusammen war, keine Gelegenheit für ihn.

Marx war ein strenger Purist — er suchte oft mühsam und lang nach dem richtigen Ausdruck. Die überflüssigen Fremdwörter haßte er, und wenn er trotzdem häufig Fremdwörter gebraucht hat — wo es der Gegenstand nicht erheischte —, so ist der lange Aufenthalt im Ausland, namentlich in England, zu berücksichtigen — und, was sehr wesentlich, die Verwandtschaft des Deutschen und Englischen, die leicht zu Verwechslungen führt. Im „Kapital" spricht Marx z. B. von „zusammengehudelten" Menschen — dabei hat er an das englische „huddle together" gedacht, was mit unserem „hudeln" gar nichts gemein hat, außer den ersten Ursprung, und zusammendrängen, wie Kraut und Rüben zusammenwerfen bedeutet. Aber welche Fülle originaler, echt deutscher Wortbildungen und Wortfügungen finden wir bei Marx, der trotzdem, daß er zwei Drittel seines Lebens im Auslande war, um unsere deutsche Sprache sich hohe Verdienste erworben hat und zu den vornehmsten deutschen Sprachmeistern und Sprachschöpfern gehört.

*

War die Popularität ihm verhaßt, so hatte er einen heiligen Zorn gegen die Popularitätshascherei. Schönrednerei waren ihm ein Greuel, und wehe dem, der sich in Phrasen erging. Da war er unerbittlich. „Phraseur" war in seinem Munde das härteste Tadelswort — und wen er einmal als „Phraseur" erkannt hatte, mit dem war er auf immer fertig. Logisch denken und die Gedanken klar ausdrücken — das schärfte er uns „Jungen" bei jeder Gelegenheit ein und zwang uns zum Studieren.

Um jene Zeit war das prachtvolle Lesezimmer des Britischen Museums mit seinen unerschöpflichen Bücherschätzen erbaut worden — und hier, wo er tagtäglich verweilte, trieb uns Marx hin. Lernen! Lernen! Das war der kategorische Imperativ, den er oft genug uns laut zurief, der aber auch schon in seinem Beispiel, ja in dem bloßen Anblick dieses stets mächtig arbeitenden Geistes lag.

Während die übrigen Flüchtlinge Pläne zum Weltumsturz schmiedeten und Tag für Tag, Abend für Abend mit dem Haschischtrank des: „Morgen wird es losgehen!" sich berauschten — setzen Marx, die „Schwefelbande", die „Banditen", der „Auswurf der Menschheit" auf dem Britischen Museum und suchten uns auszubilden und Waffen und Munition zu bereiten für die Kämpfe der Zukunft.

Manchmal hatte man keinen Bissen im Leibe, allein vom Gang ins Museum hielt das nicht ab — hatte man dort doch bequeme Stühle zum Sitzen und im Winter eine behagliche Wärme — was zu Hause fehlte, wenn man überhaupt ein „Zu Hause" oder „Heim" hatte.

*

Marx war einer der Ersten, welcher die Bedeutung der Darwinschen Forschung begriffen hat. Schon nach 1859, dem Erscheinungsjahr des Origin of Species, des „Ursprungs der Arten" — durch ein merkwürdiges Zusammentreffen auch das Erscheinungsjahr der Marxschen „Kritik der politischen Oekonomie" — hatte Marx die bahnbrechende Bedeutung Darwins erkannt, fern von dem Lärm und Gewimmel der Großstadt, auf seinem friedlichen Landgut eine königliche Revolution vorbereitete, wie er selbst im intimen Mittelpunkte der Welt — nur daß der Hebel an einer anderen Stelle angesetzt ward.

Besonders auf dem Gebiet der Naturwissenschaften — mit Physik und Chemie — und der Geschichte verfolgte Marx jede neue Erscheinung, stellte er jeden Fortschritt fest; und Moleschott, Büchner, Huxley — dessen „Populären Vorträgen" wir gewissermaßen beiwohnten — waren in unserem Kreis Namen so oft genannt wie Ricardo, Adam Smith, Mac Culloch und die schottischen und italienischen Nationalökonomen. Und als Darwin die Konsequenzen seiner Forschungen zog und sie der Oeffentlichkeit vorlegte, da war bei uns monatelang von nichts anderem die Rede als von Darwin und der umwälzenden Gewalt seiner wissenschaftlichen Eroberungen. Ich habe das hervor, weil von „radikalen" Feinden ausgesprengt worden ist, Marx habe aus einer gewissen Eifersucht, die Verdienste Darwins nur sehr widerwillig und in sehr beschränktem Maße anerkannt. Marx war der vorurteilsfreiste und gerechteste der Menschen, wo es galt, das Verdienst eines anderen zu würdigen. Für Neid und Eifersucht war er zu groß, ebenso wie für Eitelkeit. Nur die falsche Größe, den gemachten Ruhm, in dem Unwürdigkeit und Gemeinheit sich spreizen, haßte er tödlich — gleich allen Fälschern und Verfälschern.

*

Von Marx kenne ich keine ähnliche Photographie. Alle geben ihn richtig, weil er selbst sich stets richtig gegeben hat. Die Photographien haben freilich nicht alle den gleichen Wert. Seine charakteristischen Züge eines Menschen treten nicht immer gleich stark hervor — körperliches oder geistiges Mißbehagen oder Mißmut, das Vorherrschen eines Gedankens oder Gefühls kann dem Gesicht einen fremdartigen Ausdruck verleihen. —

Marx hatte wie alle starken und gesunden Naturen die Kinder außerordentlich gern. Er war nicht bloß der zärtlichste Vater, der stundenlang mit seinen Kindern Kind sein konnte — er fühlte sich auch zu fremden, namentlich hilflosen, im Elend befindlichen Kindern, die ihm in den Weg kamen, wie magnetisch hingezogen. Hundertmal riß er, beim Durchwandern von Quartieren der Armut, sich plötzlich von uns los, um irgend einem Kinde, das in Lumpen auf der Schwelle saß, die Haare zu streicheln und einen Penny oder Halbpenny ins Händchen zu drücken. Gegen Bettler war er mißtrauisch geworden, denn in London ist das Betteln zu einem förmlichen Handwerk geworden — und zwar zu einem, das noch einen goldenen Boden hat, obgleich es bloß Kupfer einnimmt. Also von Bettlern und Bettlerinnen, denen er anfangs — sofern er etwas hatte — niemals eine Gabe versagte, ließ er sich nicht lange übertölpeln. Gegen einzelne, von denen er durch kunstvolle Schaustellung künstlicher Krankheit und Not gebrandschatzt worden war, hatte er sogar einen recht heftigen Zorn, weil er die Ausbeutung menschlichen Mitleids für ein besonders große Niedertracht und für einen Diebstahl an der Armut hielt. Aber wenn ein Bettler oder eine Bettlerin mit einem wimmernden Kind an Marx herantrat, dann war er unrettbar verloren, und zwar dem Bettler oder der Bettlerin das Schelmentum noch so deutlich auf die Stirne geschrieben. Den flehenden Augen des Kindes widerstand er nicht.

Versunkene Weltstädte.

Nichts läßt deutlicher die Vergänglichkeit alles Irdischen erkennen, als der Untergang der meisten Städte, die im Altertum die größten auf Erden waren, und von denen aus weite Teile der damals bekannten Welt beherrscht wurden. Eine dieser versunkenen Weltstädte ist Ktesiphon am östlichen Ufer des Tigris, südlich vom Einflusse des Diyalah. Die Ruinen dieser Stadt, die tausend Jahre vor der Gründung Berlins eine der größten und stärksten Städte der Welt war, liegen ungefähr 30 Kilometer unterhalb Bagdads; in ihrer Nähe fand im vorigen Jahre ein Treffen zwischen Türken und Engländern statt. Nur die gewaltige Ausdehnung der Ruinenstätte zeugt noch von der einstigen Größe und Pracht Ktesiphons. An der Stelle der Metropole des Orients in alten Tagen breitet sich heute zwischen Schutt und Steintrümmern nur ein größeres Dorf aus, und an den Glanz der Vergangenheit erinnern lediglich die gewaltigen Ruinen einer gewölbten Halle, die die Eingeborenen Salomos Halle nennen, obgleich sie nicht das geringste mit dem weisen König zu tun gehabt hat. In der Nähe wird auch ein Grab gezeigt, in dem Suleiman, der Barbier Mohammeds, ruhen soll. Das alte Ktesiphon war die Winterresidenz der Partherkönige und stark befestigt. Trajan nahm im Jahre 115 n. Chr. die Stadt ein; auch im Jahre 162 wurde sie von den Römern bezwungen; sie blieb aber die Hauptstadt, die im Jahre 201 durch Septimius Severus abermals erobert und verbrannt wurde. Unter der Herrschaft der Sassaniden, die im Jahre 226 begann, war Ktesiphon Residenz und erlebte seine höchste Blüte, bis es nach der Schlacht bei Kadesia im Jahre 636 von Jesdegerd III. verlassen wurde. Ein Jahr darauf fiel Ktesiphon in die Hände der Araber, die es plünderten und verfallen ließen. In demselben Maße, wie Bagdad und Basra wuchsen und aufblühten, verblich der Glanz von Ktesiphon. Die großartigen Kanalisationsanlagen verfielen; die Paläste sanken in Trümmer. Aus den Ziegeln von Ktesiphon wurde der größte Teil von Bagdad erbaut, und nur ein weites, von der Sonne durchglühtes Trümmerfeld ist von der einstigen Herrlichkeit übriggeblieben.

Ktesiphon gegenüber, am andern Ufer des Tigris, liegen die Ruinen einer anderen verfallenen Weltstadt des Altertums, die Ueberreste von Seleucia. Es wurde von Seleucus Nikator in der Form eines die Flügel ausbreitenden Adlers gegründet; das Baumaterial wurde zum Teil dem verlassenen Babylon entnommen. Infolge seiner günstigen Lage am Tigris, der hier mit dem Euphrat durch einen Kanal verbunden war, erhob sich Seleucia rasch zu ungeahnter Größe; in seiner Blütezeit im ersten Jahrhundert nach Christus soll es 600 000 Einwohner gehabt haben. Die Stadt war lange Zeit der Hauptsitz griechisch-mazedonischer Kultur im westlichen Asien, im Gegensatz zur Kultur der Parther auf der anderen Seite des Flusses. Wie Ktesiphon, wurde auch Seleucia durch Trajan erobert und zum Teil verbrannt; was übrig geblieben war, wurde im Jahre 162 durch Lucius Verus zerstört. Seither blieb die einstige Weltstadt verödet, und nur noch dürftige Ueberreste zeugen heute von ihrer einstigen Bedeutung.

Ein Friedenstribunal.

Der Krieg ist in seinen notwendigen Folgen so schrecklich und für das ganze Menschengeschlecht so verderblich, daß man sich aufs höchste verwundern muß, wie es möglich ist, daß man bisher noch nicht darauf gedacht habe, allgemeine Mittel auszufinden, die Völker auf ewig gegen seine Wut sicherzustellen.

Da es nicht fehlen kann, daß zwischen freien Staaten und Republiken Streitigkeiten entstehen sollten, welche niemand entscheiden kann, weil man keinen Oberherrn über sich erkennen will, so wäre zur Erhaltung eines allgemeinen und immerwährenden Friedens in Europa zuvörderst nötig sein, ein allgemeines Tribunal oder Parlament zu errichten, dessen Aussprüchen sich zu unterwerfen alle europäischen Staaten sich verpflichten.

Für dieses Tribunal nun müssen alle streitigen Rechtssachen, die sich in freien Staaten hervortun möchten, von welcher Art sie immer sein mögen, gebracht werden, so daß man zuvörderst auf die einheimischen Gesetze einer jeden Provinz und eines jeden Landes, in Ermangelung derselben aber auf das Römische, bürgerliche, geistliche und Lehnsrecht, dann aber auf das allgemeine Natur- und Völkerrecht bei der Entscheidung zu sehen hätte.

Sobald nun ein freier Staat durch einen anderen beeinträchtigt zu sein glaubt, hat er seine Klage an das Tribunal zu bringen, welches, da seine Gefahr beim Verzuge wäre, sogleich unter Vorbehaltung aller Schadloshaltung geschärfte Befehle an den beklagten Teil abläßt. Findet sich aber dieses nicht, so wird dem Beklagten die Klage mitgeteilt und von Vierteljahren zu Vierteljahren in ordentlichen Satzschriften verfahren.

Sowohl wider die Halsstarrigen als wider diejenigen, die nicht binnen einem Jahre dem Urteil ein Genüge leisten, müßte sogleich zur militärischen, und zwar den Umständen nach zu einer starken Hilfe geschritten werden, daß der Widerspenstige gezwungen werden könnte, sich zu unterwerfen.

Dieses wären also kürzlich meine Gedanken von einem zu errichtenden allgemeinen Friedenstribunal. Es ist wahr, daß dadurch nicht aller Krieg ganz und gar vertilgt werden kann, indem die Widerspenstigen nicht anders denn durch Kriegsmanier zu ihrer Schuldigkeit gebracht werden können. Es ist dagegen nicht zu glauben, daß jemand, sobald das ganze Europa sich zu einem heilsamen Zwecke vereinbart hätte, durch ein widerspenstiges Verfahren sich und seine Länder zugrunde zu richten.

Johann v. Palthen (1758).

Kleines Feuilleton

Was bedeutet der elektrische Schiffsantrieb?

Man hört in neuerer Zeit viel von der Einführung des elektrischen Schiffsantriebes für die Kriegsschiffe der amerikanischen Marine, ohne daß man den Zweck [illegible] richtung zu beurteilen vermöchte. Die Begeisterung, mit der sich der Admiral Griffin für diesen Plan ausgesprochen hat, beruht auf den Erfahrungen, die man mit dieser Einrichtung auf dem Kohlendampfer „Jupiter" gemacht hat. Ein Zweischraubenschiff pflegt von zwei Maschinen angetrieben zu werden. Wird eine davon schadhaft, so muß das Schiff mit einer Schraube weiterlaufen. Das ist eine sehr unangenehme Sache. Bei elektrischem Antrieb können beide Schrauben angetrieben werden, wenn eine Turbine ausfällt, und das Schiff kann noch 17 bis 18 Knoten Geschwindigkeit erreichen. Die schadhafte Turbine kann untersucht und eventuell auch ausgebessert werden. Infolge der Möglichkeit, bei klarer Fahrt eine Turbine stillzusetzen und beide Schrauben von einer Turbine aus zu betreiben, ergibt sich die für einen niedrigen Dampfverbrauch nötige hohe Belastung der Turbine, denn unter sonst gleichen Umständen ist die Turbine eben doppelt so hoch belastet wie im Falle des direkten Antriebs. Benutzt man nun Antriebsmotoren, die polumschaltbar sind, so kann auch die Drehgeschwindigkeit der Turbine unverändert bleiben. Hat z. B. die von der Turbine angetriebene Dynamomaschine, die für die Elektromotoren den notwendigen elektrischen Strom liefert, zwei Pole, der Motor aber 30, die man auf 50 umschalten kann, so ist einmal das Uebersetzungsverhältnis 1 : 15, das anderemal 1 : 25. Man kann also die Turbine stets mit der für einen niedrigen Dampfverbrauch nötigen hohen Drehgeschwindigkeit betreiben. Dieser Vorteil ist so groß, daß er alle Nachteile aufwiegen soll. Dazu kommt noch, daß man Rückwärtslauf einfach durch Umsteuern des Motors erreicht, man spart also die Rückwärtsturbine. Der Raumbedarf ist bei elektrischem Antrieb geringer und die Anordnung des Antriebes beweglicher als bei anderen Systemen, da die Aufstellung der Turbinen und der Motoren voneinander unabhängig ist. Auch die Reinlichkeit, mit der Reparaturen möglich sind, ist beachtlich. Die Vorteile müssen in der Tat groß sein, denn man braucht bei elektrischem Antrieb zwei Umsetzungen, die man bei der ersten nicht braucht. Bei diesem liegen die Turbinen direkt an den Schiffsschrauben, bei elektrischem treibt die Turbine erst Dynamos an, die für die Elektromotoren den Strom liefern, mit denen erst die Schrauben angetrieben werden. Bei solchen Umsetzungen treten natürlich beachtliche Energieverluste ein. Trotzdem befindet die amerikanische Marineleitung das Verfahren für günstig, daß sie sieben neue Linienschiffe und fünf neue Kreuzer so ausrüsten läßt. Dieser Umstand hat lebhafte Debatten in amerikanischen Fachkreisen hervorgerufen; man sieht den Plan allgemein als gewagtes Unternehmen an. Das Großkapital ist an der Arbeit, ihn aus Konkurrenzgründen zu vereiteln. Einige Industrielle haben sich erboten, die Schiffe zu einem sehr viel niedrigeren Preise zu bauen, wenn ihnen erlaubt würde, an Stelle des elektrischen Kraftübertragung Rädervorgelege einzubauen. Es erheben sich auch sachverständige Stimmen dagegen, aber es hat wirklich den Anschein, als ob es sich dabei nicht um einen Kampf um technische Dinge, sondern um ein ganz ordinäres kapitalistisches Manöver handelt.

Menschheit über alles.

Von Max Barthel.

Einstens, wenn die Ketten fallen,
und von Freiheit hart gepackt,
durch des Friedens kühle Hallen
donnert unser wilder Takt —
O, der Tag, der alles wendet,
der uns wieder Würde gibt,
wo der Mensch, in sich vollendet,
schafft und singt und kämpft und liebt.

Leben, hast du uns verlassen,
daß wir brünstig nach dir schrei'n,
Und im Schießen, Bluten, Hassen,
nichts als Brüder möchten sein?
Warum zucken unsre Hände?
Was bestürmt so unser Blut?
Warum sind wir steile Brände,
wilde, sturmumfauste Glut?

Menschheit! Menschheit über alles!
Nieder mit dem Brudermord!
Millionenstimmig schallt es
Ost und West und Süd und Nord!
Aufgeweckt und aufgesprungen!
Hoch des Friedens breiter Schild!
Feinde halten sich umschlungen
auf zerstampftem Schlachtgefild!

Einstens, wenn die Ketten fallen,
und von Freiheit hart gepackt,
durch des Friedens kühle Hallen
Donnert der Soldaten Takt —
O, der Tag, der es vollendet,
der uns Menschenwürde gibt,
Kraft und Schönheit allen spendet,
schafft und singt und kämpft und liebt.

Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden.

*

Der Krieg ist früher ausgebildet als der Frieden.

*

Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet, wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind.

Karl Marx.

Heiteres

Englischer Humor in Kriegszeiten. In der englischen Zeitung „Sheffield Daily Telegraph" hat sich vor kurzem jemand den nicht mehr neuen Jux gemacht, folgende Anzeige erscheinen zu lassen:

„Dienstmädchen gesucht. Gutes Heim, Munitionsarbeiterinnenlohn, fast nichts zu tun, Benutzung des Klaviers, des Zweirades, des Empfangszimmers für ihre Besuche; die Frau selbst ist bereit, sie fremde Sprachen zu lehren, der Herr ist geneigt, ihr Kegelschnitt- und Differenzialrechnung beizubringen!"

Hereingefallen ist auf das Juxinserat niemand als die naive Berliner „National-Zeitung", die das Inserat unter der Ueberschrift „Dienstbotenmangel in England" abdruckt (Nr. 79 vom 7. April 1918).

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co., Lübeck.